

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

(sowie der Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“)

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgebühren),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Stanings, herando. Redakteur: Aug. Winnig,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 7, Befendinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Vereins-Anzeigen
für die dreispaltige Beizeile oder deren Raum 30 A.

Kollegen! Bei der Flugschriftverbreitung und Hausagitation darf kein Verbandsmitglied fehlen!

Inhalt: „Der „Grundstein“ hat das Wort.“ — Ein Mahnwort an alle Maurer Deutschlands. — Politische Umschau. — Arbeiterbewegung: Streiks, Aussperrungen, Wahlen, Differenzen. — Bekanntmachung des Vorstandes. — Jahresberichte der Bauverbände: Frankfurt a. M. Berichte. — Zentral-Krankenkasse. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterschutz, Subventionen usw. — Aus anderen Verufen. — Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen.

„Der „Grundstein“ hat das Wort.“

So lautet die Überschrift zweier Artikel, die kürzlich das ultramontane „Fränkische Volksblatt“ gebracht hat. Der „Grundstein“ erfährt ja schon so lange, wie er erscheint, die ganz besondere Aufmerksamkeit der kirchlichen Arbeiterfreunde. Das gereicht uns in den Augen vernünftiger Menschen, denen die Wahrheit, oder sagen wir das Streben nach Wahrheit, höher steht als das den Geist lähmende und irreführende theologische Dogma, wahrlich nicht zur Unzehr. Nicht vergeblich haben wir uns bemüht, den Mißbrauch, der mit solchen Dogmen gegen die Wahrheit und die Ideen des Fortschritts, wie gegen die Interessen der Arbeiterklasse und gegen die Arbeiterbewegung getrieben wird, zu bekämpfen. Natürlich haben wir uns damit den Haß und den Zorn der kirchlichen Presse in hohem Maße zugezogen. Sie hat im Verlaufe der Jahre Hunderte von Angriffen gegen uns gerichtet, aber den damit verfolgten Zweck, eine unüberwindliche Scheidewand zwischen den katholischen und den sozialdemokratischen Arbeitern aufzurichten, wie eines ihrer Organe mal verkündete, nicht erreicht. Sie hat uns verleumdet, beschimpft und albern verhöhnt; sie hat all ihren Einfluß, all ihre „Autorität“ uns gegenüber geltend gemacht, unter Anrufung der „Heiligschreien der Religion“, wie sie die theologischen Lehren nennt, — und doch nicht verhindert, daß in allen vom Klerikalismus beherrschten Gebieten die Prinzipien des demokratischen Sozialismus und die Bestrebungen und die Organisationen der diesen Prinzipien huldigenden Arbeiterklasse mehr und mehr Eingang und tatkräftige Unterstützung auch bei den Arbeitern fanden, über die die Kirche ein Herrschaftsrecht in Anspruch nimmt. Die Macht der Wahrheit und der Tatsachen, womit sich die Arbeiterklasse auf den Boden der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung abzufinden hat, ist aber stärker, als die des theologischen Lehrsystems.

Zum Vergnügen, oder weil es ihr an sonstigem Stoff zur Füllung ihrer Spalten mangelt, beschäftigt sich die kirchliche Presse nicht so ausgiebig mit uns. Sie kann auch mit dem Tone absurden Spottes und tendenziöser Witzes, den sie mitunter wider uns anschlägt, nicht darüber hinwegtäuschen, daß ihr bangt vor der das Vorurteil, den Irrtum, die Unwissenheit bewingenden Kraft unserer antikirchlichen Anschauungen, Grundsätze und Argumente.

Das „Fränkische Volksblatt“ nun bietet in seiner, unserer „Vernichtung“ gewidmeten „Kritik“ eigentlich gar nichts Neues. Die gesamte kirchliche Presse hat uns gegenüber stets den merkwürdigen Standpunkt vertreten, daß sich eine gewerkschaftliche Organisation und ein gewerkschaftliches Blatt „nur mit seinen eigenen Angelegenheiten“, nicht aber auch mit „religiösen Fragen“ zu beschäftigen habe. Auf diesen „Standpunkt“ stellt sich auch das „Fränkische

Volksblatt“. Es ist um so merkwürdiger, als doch gerade der Klerikalismus schon vor Jahrzehnten zuerst das Beispiel gegeben und seitdem beständig geübt hat, die „Religion“ mit der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterorganisation und -bewegung engstens zu verknüpfen. Um die katholischen Arbeiter vor dem Anheimgang an die freie gewerkschaftliche Organisation und die Sozialdemokratie zu bewahren, hat der Klerikalismus „christliche“ Arbeiterorganisationen gegründet und seiner Vormundschaft unterworfen. Unzählige Male hat er offen ausgesprochen, daß die Arbeiterfrage nur auf „religiöser“, d. h. theologischer Grundlage zu lösen sei; daß alle wirtschaftlichen und politischen Bestrebungen der Arbeiter den Lehren und dem Interesse der Kirche unterzuordnen seien; daß die Pflege des „religiösen Geistes“ die Hauptaufgabe der christlichen Arbeiterorganisationen sein müsse und daß es keine Gemeinschaft zwischen katholischen und sozialdemokratischen Arbeitern geben könne. Nicht einmal das Bekenntnis katholischer Arbeiter zu einer wirtschaftlichen Interessengemeinschaft mit allen anderen Arbeitern, die sich auf die Erlangung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen richtet, hat der Klerikalismus gelten lassen. Die Pflege des „religiösen Geistes“ unter den katholischen Arbeitern hat er in der Weise geübt, daß er sie fanatisch verhetzte gegen die sogenannte „gottlose“ Arbeiterschaft. Völlig haben Tausende katholischer Geistlicher ihren Einfluß auf das Gemüt frommer Gläubiger unter Berufung auf die „Religion“ terroristisch mißbraucht. Auf den Kanzeln, im Beichtstuhl, bei jeder im gesellschaftlichen Verkehr sich ihnen bietenden Gelegenheit haben sie unter Androhung der von der Theologie erkundenen „Strafe der ewigen Verdammnis“ auf katholische Arbeiter eingewirkt, sich nicht zu anderen Organisationen, zu anderen wirtschaftlichen, sozialen oder politischen Anschauungen und Bestrebungen zu bekennen, als zu denen, die die Kirche billigt, vorschreibt und beherrscht.

Diese terroristische Praxis zu üben, erachtet der Klerikalismus als sein gutes Recht, ja, als seine von der Religion gebotene „heilige Pflicht“. Wenn aber die, gegen die diese Praxis gerichtet ist, sich ihrer erwehren; wenn wir den mit der Religion wider die freie, selbständige Arbeiterorganisation und die Interessen der Arbeiterklasse getriebenen Mißbrauch bekämpfen; wenn wir aus der Welt der Tatsachen heraus eine neue Weltanschauung verkünden, die die Würdigung der unveräußerlichen Rechte der Arbeit in sich schließt und den Prinzipien der Freiheit, der menschlichen Gleichheit, der Gerechtigkeit und Humanität Rechnung trägt; dann zittert die kirchliche Presse und Wortführerschaft, die Religion sei in Gefahr, dieselbe Religion, die sie als Ausfluß göttlicher Allmacht und Weisheit darstellten. Dann fragen sie heuchlerisch: „Was geht eine Gewerkschaft und ihr Organ denn die Religion an?“ So auch das „Fränkische Volksblatt“. Es schreibt:

„Man sollte eigentlich meinen, ein gewerkschaftliches Blatt beschäftige sich nur mit eigenen Angelegenheiten. Weit gefehlt! Eine Hauptaufgabe des sozialistischen „Grundstein“ besteht offenbar darin, seine Leser um die Religion zu bringen. Was geht uns Franken aber überhaupt der „Grundstein“ an? Er soll ja sogar, denn in Franken leben viele Bauhandwerker. Nach eigenem Bekenntnis: bemüht sich seit länger als einem Jahre die roten

Maurergesellen, ihre sozialdemokratische Gewerkschaft besonders in den Dörfern um Würzburg auszubilden. Anfangs war der Erfolg ein recht geringer. Die Sozi. wurden ärgerlich, weil die Maurer lieber im Wirtshaus Karten spielten und sich unterhielten. Für die „Genossen“ zeigten sie kein Interesse. Doch das muß man den Sozialdemokraten lassen, sie arbeiten mit einer Ausdauer und mit Opfern, die uns beschämen müssen. So kam es, daß nach und nach eine ziemlich große Anzahl Maurer sich organisierte bei den Roten.“

Freilich, so kam es, — und deshalb will das kirchliche Blatt, wie es hinzusetzt, „allen, die noch nicht organisiert sind, oder die sich in rechtlicher Meinung bei den Sozialdemokraten organisiert haben, eine notwendige Aufklärung geben“.

Diese „Aufklärung“ hat nun das kirchliche Blatt unter der Stichmarke: „Also, der „Grundstein“ hat das Wort“ in der Weise bewirkt, daß aus Artikeln unseres Blattes (hauptsächlich Jahrgang 1905) einzelne Sätze, völlig aus dem Zusammenhang gerissen, zitiert und mit kritisch sein tollenden Bemerkungen versehen werden, die aber nichts anderes sind, als Verlegenheitsmährchen. Nicht auf eine einzige unserer Ausführungen geht das Blatt wirklich kritisch ein. Es ist deshalb auch nicht erforderlich, daß wir seinen Zitaten Punkt für Punkt folgen. Es wird u. a. festgestellt, daß sich die Redaktion des „Grundstein“ zu der Wahrheit bekennet, daß alle Religionsysteme Menschenwerk, aus den menschlichen Bedürfnissen hervorgegangen sind und daß in der Geschichte ihre Entstehung und Entwicklung nachweisbar ist. Die Leser des „Fränkischen Volksblattes“ werden nicht darüber „aufgeklärt“, daß das die Unwahrheit ist. Doch um recht anschaulich zu machen, wie das kirchliche Organ „aufklärt“, wollen wir einen Passus aus seinem Artikel vollständig wiedergeben:

S. 2: „Die Wahrheit steht höher als kirchliche Dogmen. Wir begreifen die wahre Gerechtigkeit in der Vernunft, in der Wahrheit und in der menschlichen Gerechtigkeit.“

Auf den Vorwurf des prot. Pfarrers Schwalper, der „Grundstein“ greife den christlichen Glauben an, antwortete dieser (S. 411):

„Wir lassen den Herrgott nicht ausschließen gegen das menschliche Recht. Wir haben nicht, daß mit theologischen Dogmen der gesunde Menschenverstand erstickt wird.“

Zum Osterfest bejubelt der „Grundstein“ (S. 173) die Auferstehung — der Natur, und fährt dann fort:

„Dogmenglaube gebiert keinen neuen zündenden Gedanken, keine neue begeisternde Idee. Was er heute lehrt und betet, das lehrte und betete er schon vor mehr als 1000 Jahren — unerschütterlich wie Felsen.“

Daher kommt der „Grundstein“ zum Resultate (S. 361): „Das ist sicher, daß der Weltliche Wädel der, d. h. die ganze Stimme der sozialdemokratischen Prinzipien, ein besserer Wegweiser für den Arbeiter ist, als der Katechismus.“

Zu dieser Weise geht es fort. Das ist kirchliche „Aufklärung“ der Arbeiter. Unserem „Maien-evangelium“ (Jahrgang 1905, S. 181) gegenüber, worin die ewige, unbesiegbare und allmächtige Naturkraft, die Quelle alles Lebens, besungen wird, macht das Blatt folgende übernaive Bemerkung:

„O Weisheit, laß nach! Und woher denn die ewige, allmächtige Kraft? Wie erhaben steht dem gegenüber das christliche Kind da, welches die Händchen falzt und den Blick zum Himmel gerichtet betet: Ich glaube an Gott den Vater, allmächtigen Schöpfer des Himmels und der Erde!“

O kirchliche Weisheit, halt ein! Der Glaube des christlichen Kindes hat nichts gemein mit der Offenbarung der Wirklichkeit, mit dem von der wissenschaftlichen Forschung erbrachten Nachweis, daß die dogmatische

Sehe, ein allmächtiger Gott habe die Welt in sechs Tagen „erschaffen“, ein frommes Märchen ist, das sich den Schöpfungsgeschichten der Mythologie der alten Völker anpaßt. Die Leser des „Fränkischen Volksblattes“ werden dann damit bekannt gemacht, daß wir, nicht an einen überirdischen Erlöser, sondern an das durch die ganze geschichtliche Entwicklung bewiesene Faktum glauben, daß sich die Menschheit selbst erlösen muß durch eigene Kraft von allem Uebel, allem Unheil; daß es eine andere Erlösung nicht gibt. Wenn es den theologischen Weisen möglich ist, uns des Irrtums zu überführen, weshalb versuchen sie das nicht?

Als „das Ärgste“ wird uns folgende Auslassung angerechnet:

„Freilich, in den Augen der „guten Christen“, der „Ordnungsmänner“, find wir „Rebellen“. Ein „Rebell“ war auch der Nazarener.“

Ist das etwa nicht wahr? Bist selbst das Evangelium, worin erzählt wird, daß der Nazarener als Hochverräter den Schächertod am Kreuze erleiden mußte?

Auch das, was wir gegen Pfafferei geschrieben haben, merkt das kirchliche Blatt uns als „Sünde wider die Religion“ an. Nun, diese „Sünde“ beging auch der Stifter des Christentums, indem er sein Verdammungsurteil über die Pharisäer und Schriftgelehrten fällte. Das kirchliche Pharisäertum ist wahrlich nicht besser als das ehemalige jüdische. Alles in allem will das „Fränkische Volksblatt“, wie am Schluß seines Artikels zum Ausdruck kommt, mit seiner Zitterkunst den katholischen Arbeitern einen heiligen Abscheu vor dem „Grundstein“ beibringen, in dessen Grundfelsen „von dem, was man unter Christentum und Religion versteht, keine Spur mehr vorhanden ist“. Dieses Wortchen „versteht“ ist fahrlässig. Wir verstehen unter echtem Christentum und wahrer Religion etwas anderes und Besseres, als was die Theologie darunter verstanden wissen will. Darüber haben wir uns ja oft genug eingehend geäußert. Deshalb verhängt schließlich das kirchliche Blatt über den „Grundstein“ das Anathema:

Können kirchliche Hausväter ein solches Blatt in ihren Familien dulden, ohne daß sie erröten müssen vor ihren Hausgenossen?

Deshalb wurde eine weitere Organisation der Bauhandwerker Deutschlands geradezu eine Notwendigkeit. Sie ruht auf christlicher Grundlage und nennt sich: Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands. Ihr Organ ist die „Baugewerkschaft“. Dieser Verband auf christlicher Grundlage bietet den eine- und überlebenden Mitgliedern — wie aus dem Namen hervorgeht — ganz dieselben Vorteile.

So auch den Bauhüttern, die von der Notwendigkeit durchdrungen, den Mut hatten, den christlichen Verband zu gründen!

So auch den christlichen Arbeitern, die, für ihre zeitlichen Interessen sorgen, aber zugleich ihr christliches Bekenntnis hochhalten und den Mut hatten, in ihren Gemeinden die Fahne der christlichen Gewerkschaft aufzupflanzen und zu verteidigen!

So auch denen, die nicht selbe den Terrorismus und Spott der Sozialdemokraten fürchten, die festen Glaubens und Vertrauens ihr zeitliches und ewiges Glück aufbauen auf dem wahren Grund und Felsen — Christus — außer welchem kein Heil ist für die menschliche Gesellschaft.

Wir wollen diese Leistung spekulativen pfäffischen Geistes hiermit gebührend niedriger gehängt haben. Wir glauben, es wird mancher katholische Arbeiter erröten darüber, daß man ihn, wie einen unmündigen Kinde, mit solchen Mahnungen zu kommen wagt. Uns wird von kirchlicher Seite der schwerste Vorwurf daraus hergeleitet, daß wir die Sache der Arbeiterklasse gegen den theologischen Terrorismus verteidigen. Und hier wird wieder unter Berufung auf religiöse Dogmen Propaganda gemacht für eine christliche Gewerkschaft, einen Verband „auf christlicher Grundlage.“

Das ist das alte kirchlich-demagogische Spiel. Es wird aber keine Zeit bald dahin haben. Wie seither, so wird es auch fortan das Gegenteil von dem bewirken, was es bewirken soll. Davon wird die Entwicklung unserer Organisation an Franken bald Zeugnis ablegen. Die „roten Maurergewerkschaft“, die „Sozi“, werden es an erfolgreicher Betätigung ihrer Werkkraft nicht fehlen lassen.

So, nun hat der „Grundstein“ wieder mal das Wort gehabt. Er wird es noch oft haben.

Ein Mahnwort an alle Maurer Deutschlands.

Der Vorstand des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands gibt seit einigen Jahren zu Beginn des Frühjahrs eine Flugschrift heraus, die den üblichen Zweck verfolgt, der Kollegenschaft zu zeigen, wie die Organisation wirkt, welchen Einfluß sie auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ausübt und

wie notwendig es für alle Arbeiter ist, in strenger Gemeinschaft immer auf neue für die weitere Verbesserung und endgültige Sicherstellung ihrer Lebenshaltung zu kämpfen. Der diesjährige Mahn- und Bedruf an alle Maurer Deutschlands soll in den nächsten Tagen in einer Auflage von 300 000 Exemplaren zur Verbreitung gelangen, und wir dürfen uns wohl der Hoffnung hingeben, daß alle Verbandskollegen regen Anteil nehmen an der Verbreitung und der damit verbundenen Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder. Kein Dorf und keine Gasse dürfen übersehen werden; allüberall, wo Maurer wohnen, muß am kommenden Sonntag und an den nächsten Tagen der Ruf erschallen: Hinein in den Zentralverband der Maurer Deutschlands!

Die diesjährige Flugschrift ist nicht nur ihres ansehnlichen Inhalts wegen lesenswert, sondern auch wegen der statistischen Nachweise über Lohnhöhe und Länge der Arbeitszeit im Maurergewerbe; in dieser Schrift werden nämlich erstmalig Auszüge aus der im vorigen Jahre vom Verband aufgenommenen Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Maurer Deutschlands veröffentlicht. Diese Zahlen lehren uns, daß seit dem Jahre 1900 die Stundenlöhne und auch der Jahresdurchschnittslohn der Maurer nicht unwesentlich gestiegen sind; auch die Arbeitszeit ist verkürzt worden. Über immer noch werden mehrere Tausend Maurer mit Stundenlöhnen von 25 bis 30 \mathcal{M} abgepeist, und Zehntausende kommen nicht auf einen Durchschnittslohn von 35 \mathcal{M} . Der Durchschnittslohn aller Maurer Deutschlands, inklusive der höher gelohnten Spezialarbeiter, stellt sich auf 48 \mathcal{M} pro Stunde, für die eigentlichen Maurer steht er nur auf 46 \mathcal{M} , er sinkt in Schlesien auf 34 \mathcal{M} und steigt in Schleswig-Holstein mit Hamburg und Lübeck auf 62 \mathcal{M} . Alle Maurer in den gesamten Großstädten des Deutschen Reiches bringen es nur auf einen Durchschnittslohn von 56 \mathcal{M} , und die Kollegen in den Orten mit weniger als 2000 Einwohnern müssen sich mit 33 \mathcal{M} begnügen. 43 000 Kollegen, mehr als 19 pzt. aller bei der Aufnahme der Statistik ermittelten Maurer, müssen den Sommer über noch elf Stunden und länger täglich arbeiten, und nur erst 38 000 = 17 pzt. erfreuen sich der neunstündigen oder einer kürzeren Arbeitszeit. Weit über die Hälfte aller Kollegen hat sich nur erst den Zehnstundentag erringen können, und dies auch nur nach harten Kämpfen mit dem Unternehmertum.

Auf naive Gemüter mag es verblüffend wirken, wenn sie in der Flugschrift lesen, daß der Jahresdurchschnittslohn für rund 190 000 Maurer im Jahre 1905 um M. 236 höher stand als im Jahre 1895, und daß diese Summe auf 190 000 Maurer rund 45 Millionen Mark ausmacht. So ist es in der Tat. Wir haben aber gar keine Ursache, diese Tatsache ängstlich als ein Geheimnis zu hüten. Trotz alledem sind die Löhne der Maurer noch viel zu niedrig. Was will das besagen, wenn der Jahresdurchschnittslohn des Maurers in großen Städten, wie in München von M. 752 auf 878, in Beuthen von M. 634 auf 829, in Bochum von M. 877 auf 1210, in Bremen von M. 1186 auf 1384, in Breslau von M. 852 auf 1186 gestiegen ist. Diese Zahlen beweisen doch nur, daß die Lebenslage der Maurer vor zehn Jahren ganz erbärmlich war und daß der jetzige Lohn noch um mindestens 50 Prozent aufgebessert werden muß, um nur einen Vorgehensmaß von einer menschenwürdigen Lebenshaltung zu bekommen. Nicht minder schlimm ist es trotz der Lohnsteigerung in den mittleren und kleinen Städten und auf dem platten Lande. Was sind Jahreslöhne von M. 700 bis 1100, ja selbst von M. 1600 in der Hand eines Familienvaters, der täglich bei allem, was er für sich und die Seinen zum Lebensunterhalte braucht, dem Wucherzoll Opfer bringen muß? Da verfliegen die paar Mark, wie der Wassertropfen auf einem heißen Steine.

Debauchierweise fehlt sehr vielen unserer Kollegen immer noch manche geistige Eigenschaft, die mit zu den Mitteln gehört, ihre Interessen energisch zu verteidigen. Sie müssen vor allem wirtschaftspolitisch rechnen lernen. Zwar wissen sie, daß infolge der agrarischen Zoll- und Steuerpolitik die Lebensmittel und sonstigen notwendigen Konsumartikel beständig teurer geworden sind und noch teurer werden müssen. Sie wissen, daß sie einer Ausbeutungspolitik schlimmster Art unterworfen sind. Aber sie müssen auch eine richtige, umfassende und erspöckende Vorstellung von der ersäunlichen Höhe der Preissteigerung und von der Wirkung dieser Steigerung auf die einzelne Familie gewinnen. Das frivol-spekulative Wort: „Die indirekten Steuern merkt man nicht“, muß zu schanden werden. Jeder proletarische Familienvater, oder seine Frau muß fortan genau Buch führen über die für Ernährung, Wohnung, Kleidung usw. der Familie notwendigen Ausgaben im Vergleich zu dem Arbeitseinkommen. Ein besseres

Mittel zu gerechter Aufreizung gegen das Zoll- und Steuerpolitische Volksausplünderungssystem kann es nicht geben. So werden auch die unansehnlichen Unterlagen gewonnen für die Forderung der Lohnerhöhung, die sich notwendig aus der Herrschaft dieses Systems ergibt. Alles in allem begreift sich in der regelrechten Aufstellung von Haushaltsetats eine vorzügliche wirtschafts- und sozialpolitische Schulung.

Kollegen, Maurer Deutschlands, beherzigt diese Mahnung. Kernet rechnen, damit Ihr nicht zurücksteht, wenn es gilt, gründliche Abrechnung mit der Politik des Unheils zu halten. Die Macht der Zahlen muß Eurem richtigen Empfinden zu Hilfe kommen.

Sehr viele Arbeiter haben ein schlechtes Gedächtnis für die Ungerechtigkeiten, die ihnen eine reaktionäre Politik im Laufe der Zeit zufügt. Alles das aber im Gedächtnis zu behalten, um nicht zu ermatten im Kampf für die Gerechtigkeit, ist außerordentlich wichtig. Das Gedächtnis und das gesunde Empfinden der Arbeiter beständig wach zu erhalten und zu schärfen ist notwendig, um Aethargie zu verhindern, die gar leicht aus der Gewöhnung an jede Ungerechtigkeit entstehen kann. Mit dieser Gewöhnung rechnen die Ausbeuter und Unterdrücker des Volkes immer. Deshalb muß sie durch aufklärende, anspornende Propaganda verhindert werden. Einer solchen Propaganda soll und wird auch unsere Flugschrift dienen.

Verbandsmitglieber, Maurer Deutschlands! Ihr dient Eurer eigenen Sache und der Sache der ganzen Menschheit, wenn Ihr mit heiligem Eifer ans Werk geht, um neue Mitkämpfer zu werben.

Politische Umschau.

Viele Jahre schon hat den Reichstag in jeder Session die Frage der Beseitigung der landesgesetzlichen Beschränkungen des Vereinsrechts für Frauen durch Reichsgesetz beschäftigt. Mehrfach hat eine starke Majorität der Abgeordneten beschlossen, an den Reichstanzler das Ersuchen zu richten, dahin zu wirken, daß diese Beschränkungen aufgehoben und damit die Frauen auf vereinsrechtlichen Gebieten der männlichen Staatsbürger gleichgestellt werden. Bis jetzt hat die Regierung diese Forderung radikallos ignoriert. Wie sie denn überhaupt einer reichsgesetzlichen Regelung des Vereins- und Versammlungsrechts entziehen widersteht. Diese ihre das Reichsbewußtsein des Volkes schwer verletzende Haltung kann natürlich nicht Veranlassung sein, daß diejenigen, die von der Notwendigkeit der in diese Richtung übergeht sind, ihre Bemühungen, sie zu erreichen, einstellen. Im Gegenteil, immer wieder aufs neue müssen sie im Reichstage damit hervortreten. Das ist denn auch am letzten Sommerstage auf Grund eines Antrages der beiden freisinnigen Fraktionen geschehen, nachdem erst kürzlich gelegentlich der großen sozialpolitischen Debatte von sozialdemokratischen Rednern diese Frage abgemacht worden war. Der Antrag ging wieder auf ein an den Reichstanzler zu richtendes Ersuchen, für die vereins- und versammlungsrechtliche Gleichstellung der Frauen zu wirken, hinaus. Uebereinstimmend mit dem Begründung des Antrages, Dr. W. Schmidt, betrat der sozialdemokratische Redner, Abgeordneter S. Schneidermann, den Landpunkt, daß sich diese Gleichstellung nicht, wie zwei von den Nationalliberalen und dem Zentrum eingebrachte Entwürfe wollen, nur auf die sozialpolitische Tätigkeit der Frauen beschränken solle, sondern daß den Frauen auch die Beteiligung an politischen Vereinen und Versammlungen zu gewähren ist.

Die Regierung beobachtete in der Verhandlung Schweigen. Am Bundesratsstische war nur einer ihrer Vertreter erschienen, Graf Posadowsky. Er nahm nicht das Wort. Der Antrag wurde von dem sehr schwach besetzten Hause mit großer Majorität gegen die Stimmen der Konservativen angenommen. Vor zwei Jahren erklärte Graf Posadowsky, es werde im Reichshaus Ministerium des Innern ein Entwurf vorbereitet, durch welchen den Frauen Gelegenheit zur Vertretung ihrer Interessen in Vereinen und Versammlungen gegeben werden soll. Man hat nichts mehr davon gehört. — In der letzten Sitzung erfolgte die Beratung des Antrages v. Chranowski und Genossen (Vole):

„Die verbandlichen Organisationen zu erheben, den Reichstagen einen Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung des § 180 des Strafgesetzbuches vorzulegen, um der dem Sinne des gedachten Paragraphen widersprechenden Interpretation der Begriffe der „Gefährdung des öffentlichen Friedens“ sowie der „Aufreizung zu Gewalttätigkeiten“ seitens des Reichsgerichts Einhalt zu tun.“

Somit der Antragsteller, wie der sozialdemokratische Abgeordnete Stadthagen geäußert, den von der Justiz vielfach mit diesem Paragraphen getriebenen Mißbrauch, der darauf hinausgeht, oppositionelle Meinungen, die in politischen und wirtschaftlichen Kämpfen geäußert werden, zu unterdrücken. Auch die Gewerkschaften haben ja die mißbräuchliche Auslegung des § 180 oft genug erfahren. Während der Verhandlung des Antrages, der gegen die Stimmen der beiden konservativen Parteien und der Nationalliberalen angenommen wurde, war nicht ein einziger Regierungsvorteiler anwesend. Das ist allerdings begreiflich, denn rechtserfüllend, verteidigend mit Erfolg können die Herren die Tendenz- und Klassenpolitik unmöglich. Also ist Schweigen die beste Antwort, die sie geben können.

Daß Klassenjustiz im Deutschen Reich geübt wird, diese Tatsache, die täglich aufs neue Veranlassung erfaßt, wollen die Herren von der Regierung, sowie die Wortführer und Organe der „Ordnungspolitischen“ Parteien nicht gelten lassen. Erst kürzlich wieder hat der Reichstagsabgeordnete, Herr Lieberding, im Reichstage mit hoher sittlicher Entrüstung die Justiz gegen den Vorwurf bezeugt, nicht unabhängig und vorurteilsfrei in politischen, in Streitsproben z. z. zu sein. Jetzt nun hat die „Arbeiter-Zeitung“, das Organ der Schachmacher, sich das unbestreitbare Verdienst erworben, darzulegen, daß es ganz

selbstbeständig Klassenjustiz geben müsse. Sie schreibt: „Zu dieser ganz außerordentlich wichtigen Frage muß endlich ein offenes und klares Wort gesprochen werden. Es scheint in vielen Kreisen an beamteter und nicht beamteter Stelle die Ansicht zu bestehen, daß die Gültigkeit der Reichsjustiz auch in diesem Punkte beide Augen zudecken muß. ... Selbstbeständig soll der Richter Klassenjustiz treiben, er soll stark und genau klassifizieren, und er soll die Klasse der ihren bürgerlichen Pflichten nachkommenden Mitglieder des Staates sorgfältig scheiden von der Klasse jener Staatsverräter, die sich frech und gewissenlos von dieser Ordnung losgelöst haben, denn das herrschende Recht, das der höchste Ausdruck der herrschenden Kultur ist, hat auch die Pflicht, diese Kultur zu schützen, und zu schützen vor allem gegen diejenigen, deren letztes Endziel der Sturz dieser Kultur ist.“

Was die „Arbeiter-Zeitung“ hier in der Form des „Wunsches“ vorträgt, ist die tatsächlich längst geübte Praxis. Das Wort führt fort: „Wenn ein angeheuerter Student einem Nachwächter ein Schwandorn zuruft, so ist das gewiß keine Sache, die den Staat in Gefahr bringt, wenn aber anständig eines politischen Massenstreiks der Streikposten einen Arbeitswilligen einen niederrückigen Kumpen nennt, ihn von der Arbeit zurückhält, den Stillstand ganzer Fabriken erzwingt, der Industrie und dem öffentlichen Leben einen schweren Schaden zufügt, und alles dies nicht, wie er es vorhat, um ein paar Wenigste Lohnzuschlag, sondern um die Dienste seiner revolutionären Partei, dann muß der Richter in dem Strafmaß für diesen Handlanger des Sozialverrats zum Ausdruck bringen, daß nicht allein die einzelne Verbal- oder Realinjurie, sondern das politische, staatsgefährliche Motiv, das hier zu Grunde lag, den Ausschlag gegeben hat.“

Das Schlichtungsorgan scheut sich also nicht, eine weitere Verschärfung der Klassenjustiz, ja die offene Vergewaltigung des Rechts durch die Justiz zu fordern. Nicht eine strafbare Tat, sondern die politische Gesinnung soll Gegenstand der Anklage und des Urteils sein. Das ist schamlose Privilegiert, die direkte Aufforderung zum Verbrechen der Rechtsbeugung. Aber sie wird doch wenigstens charakterisiert durch eine brutale Ehrlichkeit, die offen an die Gewalt der Autorität appelliert. Die „Arbeiter-Zeitung“ hat dem Ausdruck gegeben, was die Masse der Ordnungspolitiker denkt und wünscht. Möge sie noch so heuchlerisch behaupten, daß es keine Klassenjustiz gibt. Ist doch diese Justiz notwendig gegeben mit dem gegenläufigen Klasseninteresse und dem sich stetig verschärfenden Klassenkampf.

Die Strafschlichtung arbeitet wieder gegen die bösen „Unstäter“. Im Monat Januar dieses Jahres wurden gegen Gewerkschaftler und sonstige Sozialdemokraten eine ganze Reihe Strafen von deutschen Gerichten verhängt: 19 Jahre 2 Wochen 4 Tage Gefängnis; 80 Wochen Haft und 2160 Geldstrafe.

Im Jahresbericht 1898 bis 1903 wurden über Verbrecher dieser Art verhängt: einhundertvierzig Jahre Zuchthaus, zweihundert und fünfundsiebzig Jahre Gefängnis und über Hunderttausend Mark Geldstrafe.

In derselben Zeit stieg die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder auf über eine Million, die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen von 2 107 000 auf 3 025 000 und die Zahl der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten von 56 auf 81.

Für den entsprechenden „Ausgleich“ ist immer gesorgt.

Ein erbärmliches Stück preussisch-polizeilichen Terrorismus teilen die „Monatsblätter des Lagerhalterverbandes“ mit. Die Polizeiverwaltung in Gardelegen richtete an den Vorstand des dortigen Konsumvereins folgendes Schreiben:

„Es ist Anzeige darüber erstattet, daß der im Konsumverein angeführte Lagerhalter Dallabas der Sozialdemokratie angehört. Es liegt nicht im Interesse des Konsumvereins und es schädigt sogar das Ansehen desselben, wenn ein Mitglied dieser Partei als Lagerhalter oder in sonstiger Stellung beschäftigt wird.“

Dem Vorstand wie dem Ausschussrat raten wir deshalb dringend, für die Entlassung des Dallabas baldmöglichst Sorge zu tragen und weiter dafür zu sorgen, daß Anhänger der Sozialdemokratie von jeder Anstellung ausgeschlossen bleiben, da andernfalls der Austritt aller im Staatsdienst usw. beschäftigten Mitglieder bedenklich werden wird.

Ueber das Geschehene erfuchen wir, uns binnen zwei Wochen Mitteilung zu machen.“

Wenn das keine widerrechtliche Nötigung ist, so gibt es eine solche überhaupt nicht.

Wie aus London berichtet wird, trägt sich die Arbeiterpartei mit der Absicht, einen Gegenwurf einzubringen, durch den ausländischen Arbeitern die Anstellung in England untersagt werden soll, wenn sie zum Zwecke streikender Arbeiter eintreten wollen. ... Nach einer weiteren Londoner Meldung ist die vielfach unklare Frage, ob es gesetzlich sei, die Aussagen für parlamentarische Arbeitervertretung aus den Gewerkschaftsklassen zu ziehen, dem Richter Owen in Cardiff entschieden worden, und zwar anlässlich folgenden Falles: Der Verband der Vergleute in Süd-wales beschloß im Jahre 1901 mit Zweidrittelmehrheit, eine Extrafürer von einer Mark jährlich für politische Zwecke zu erheben. Ein Verbandsmitglied, das von solchen Zwecken nichts wissen will, wandte sich im vorigen Jahre an das Gericht mit dem Ersuchen, die Erhebung einer solchen Steuer als ungesetzlich zu erklären, da Gewerkschaften und Politik nichts miteinander zu tun hätten. Er meinte, politische Arbeitervertretung sei im Gewerkschaftsrecht nicht vorgesehen, die Satzungen der Gewerkschaften dürften deshalb derartige Bestimmungen nicht enthalten. Die gerichtliche Verhandlung fand Ende Februar statt, aber der Richter erbat sich einige Zeit, die einschlägigen Gesetze und Urteile genauer durchsehen zu können, da der Prozeß eine große politische Bedeutung habe. Der Richter gab dann am 9. März sein Urteil dahin ab, daß die Klage abgewiesen werden müsse, denn die politische Förderung der Gewerkschaftsinteressen verstoße nicht gegen das Gesetz.

Ueber die Art, wie öffentliche Gelder verwendet werden, erzählt man immer wunderbare Geschichten. In W. Glabach hatte der deutsche Zigarbeiterverband ein Total zu einer öffentlichen Zigarbeiterversammlung gemietet. Der Mietvertrag war schriftlich abgeschlossen, in ihm war für den zurückzuerstehenden Teil auch eine Konventionalstrafe festgesetzt. Als die Arbeiter zur Versammlung kamen, hatte bereits ein Polizeikommissar mit einer Schutzmannschaft vor dem Total Aufstellung genommen, um irgend welchen Eventualitäten vorzubeugen. Als der Enderster der Versammlung in das Total kam, erklärte ihm der Wirt, daß er keine Zulage zurückziehen müsse. Auf die damit bewirkte Konventionalstrafe aufmerksam gemacht, beschwerte er, „die habe der Polizeikommissar übernommen“. Es scheint also, als wenn in W. Glabach öffentliche Gelder dazu benutzt werden, um die Agitation der Gewerkschaften lahmzulegen. Freilich geschieht dies nur mit den freien Gewerkschaften, die ungeschützten konfessionellen Berufsorganisationen, die sich den Schutz der dortigen Zigarbeitervereine so sehr angelegen sein lassen, erheben sich selbstverständlich der größten Günst der Behörden. Die Stadtverwaltung von W. Glabach wird nicht umhin können, zu diesem Vorkommnis Stellung zu nehmen. Wenn sie es nicht tut, wird man zu der Annahme gelangen müssen, daß die Verhöhnung des betr. Wirtes wahr ist. Das wäre allerdings eine Ungeheuerlichkeit ohnegleichen.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht. Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Schleswig-Holstein:

Barmstedt (Sperre über Rathjens, in Hemdingen); Itzehoe (Streik der Bauarbeiter); Lauenburg (Sperre über Basedow); Schleswig (Aussperrung angedroht);

Mecklenburg:

Schwerin (Sperre über Ferd. Stange);

Pommern:

Gollnow (Sperre über Küster); Jarmen (Sperre über Brandt und Heidtschmidt); Stralsund (Sperre über Hasselmann und Albrecht); Lütz (Streik);

Ost- und Westpreußen:

Könitz (Aussperrung); Marienwerder (Differenzen); Königsberg (Sperre über Tietz);

Posen:

Schneidemühl (Aussperrung);

Schlesien:

Rauschwalde b. Görlitz (Sperre über Unternehmer Paul); Waldenburg (Sperre über die Spiegelhütte auf Kolonie Sandberg); Ohlau (Sperre über Nippert in Baumgarten);

Brandenburg:

Spandau (Sperre über die Unternehmer Leo und Roks); Strasburg i. d. Uckermark (Sperre über Döring);

Braunschweig:

Blankenburg a. Harz (durch Zimmererstreik in Mitleidenschaft gezogen);

Provinz Sachsen:

Halberstadt (Massregelung);

König. Sachsen:

Leipzig (Gespart sind die Firmen Marien & Kunze, Bahnhofsbauteile, Karl Wilhelm Thormann, Leipzig-Anger, Wiebelstr. 9, Karl Feist in Wahren, Hallesche Strasse, M. Klenke in Möckern, Hallesche Strasse, R. Hippe in Leipzig-Anger, Weissenburgerstrasse, Taucha (Sperre über Richter-Hohenleima), Wurzen (Sperre über Lehmann in Pücheln), Hirschberg (Aussperrung), Grossenhain (Eisenhütten-Streik), Meissen (Sperre über das Kolleppwerk);

Thüringen:

Erfurt (Sperre über Wagner), Gorbun (Differenzen), Eisenach (Sperre über Wagner), Gera (Sperre über Hirsch);

Rheinprovinz und Westfalen:

Benrath bei Düsseldorf (Sperre über Jadicke), Gütersloh (Aussperrung);

Hannover, Oldenburg und Lippe:

Burgdorf (Sperre über Allerdig), Visselhövede (Sperren über Cohrs und Köster), Pyrmont (Streik), Melle (Partieller Streik);

Hessen:

Witzenhausen (Sperre über Maurermeister Oehm, Grossalmerode);

Baden-Pfalz:

Kaiserslautern (Sperre über den Unternehmer, Neuhof); Mandelheim (Sperre über die Fabrik Gialini);

Elsass-Lothringen:

St. Ludwig (Differenzen bei der Firma Matter aus Strassburg).

Religionsdiener als Streikbrecher-Agenten.

Der alte Erfahrungsgrundsatz, daß sich das heutige offizielle Christentum von Amt wegen zur Wahrung der Ausbeuterinteressen berufen fühlt, wird wieder einmal bestätigt durch ein Vorkommen, das wir hier melden wollen.

In Ostrowo, in der Provinz Posen, haben sich die beiden dort bestehenden Maurerorganisationen, nämlich der Zweigverein unseres Verbandes und die polnische Maurervereinigung, zusammengeschlossen, um den Unternehmern Forderungen bezüg-

lich des Lohnes und sonstiger Kategorien zu unterbreiten. Die Forderungen der Kollegen sind sehr, aufzusehendermaßen: sie fordern 35 Pf. Stundenlohn. Die Unternehmer haben auf die schriftliche Einreichung der Forderungen nicht reagiert. Das mußte unsere Kollegen in Erstaunen setzen, denn nach Lage der Sache könnten die Unternehmer gar nichts klügeres tun, als die Forderung in aller Ruhe zu bewilligen. Statt dessen antworteten sie aber nicht einmal auf das Schreiben der Lohnkommission. Es ist nun ermittel, was den Unternehmern so sehr den Rücken stößt.

Zwei Geistliche haben den Unternehmern geraten, die Forderungen nicht zu bewilligen, sie würden ihnen willige und billige Arbeitskräfte in Überflut verschaffen. Diese beiden würdigen Vertreter der christlichen Kirche sind die Berufschriftsteller Pastor S. Rosenfeld in Katowitz, Post Langenhelm, und der Superintendent Harhausen in Ostrowo. Welche Spielart des heutigen Christentums diese beiden Gelehrten vertreten, wissen wir nicht: ob katholisch oder evangelisch — es ist ja auch schließlich gleichgültig, seitdem Heine und Georg Herwegh ihr Urteil in dieser Sache abgegeben haben. Der wackere Rosenfeld hat schon etliche Erfahrung in der Anwerbung fremder Arbeitskräfte; er ist aktiv tätig gewesen bei dem Import der Russen usw. nach den rheinisch-westfälischen Industriezentren. Auch die in Ostrowo benutzten arbeitswilligen Maurer sollen aus Ausland bezogen werden. Augenblicklich ist der Pastor damit beschäftigt, russische Arbeiter als „Anfänger“ nach Deutschland zu führen. Es wäre nun sehr interessant zu wissen, wer diese zwei ehrwürdigen Mönche für ihre Tätigkeit bezahlt, wir sind aber leider darüber nicht unterrichtet.

Nach alledem ist anzunehmen, daß, wenn unsere Kollegen streiken, die beiden Geistlichen Arbeitswillige, Streikbrecher herbeischaffen. Wir haben also dann die Quintessenz des heutigen — sozusagen — Christentums in unerfälschlicher Reinheit: bei dem Kampfe der realen, unterdrückten Arbeiter für Recht und Brot treten Geistliche, Verkünder der Lehre, daß „der ein Kameel durchs Nadelohr, als ein Nadel durchs Himmelreich komme“, offen auf die Seite der Unternehmung! Wir geben gern zu, in der Bibelstelle nicht zu bestreiten, wie diese beiden Herren, denen sie das tägliche Brot bieten muß, aber unsere geringe Kenntnis genügt, um festzustellen, wie sehr sie sich mit der Lehre Christi in Widerspruch setzen: Matth. 6, Vers 24 steht geschrieben: „Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon“. Diese beiden Berufschriftsteller aber dienen dem Mammon, dem Kapital gegen die Arbeiter, gegen die Armen, von denen es Matth. 25 Vers 40 heißt: „Was ihr getan habt einem unter diesen meinen geringsten Brüdern, das habt ihr mir getan.“ So befehlt die christliche Lehre; die beiden Streikbrecheragenten im geistlichen Gewande aber handeln nicht im Geiste dieser Lehre; sie preisen wohl Christi in Worten, aber sie leugnen sein mit der Tat. Für sie gilt das Wort: „Es werden nicht alle, die zu mir sagen Herr! Herr! in das Himmelreich kommen, sondern die den Willen tun meines Vaters im Himmel.“

Uns kann es schließlich nur lieb sein, wenn diese beiden uns in unserem Verstreben unterstützen, die Arbeiterkraft der Einflussphäre einer heuchlerischen Pöferei zu entziehen, denn wer die „Stellvertreter Gottes“ in einer solchen Rolle hat wirken sehen, wird von ihnen für alle Zeiten genug haben.

In Schneidemühl haben die Unternehmer ein arges Stück von Privilegiert geleistet. Dort schweben Unterhandlungen wegen Verlängerung des bestehenden Tarifs. Da die Unternehmer nur eine Lohnzulage von 1 1/2 gewähren wollten, zogen es die Kollegen vor, ohne Vertrag zu arbeiten. Darauf haben die Arbeiter plötzlich, ohne daß irgend etwas vorausgegangen war, am 17. März sämtliche Maurer entlassen. Sofort nachher dafür zur Stelle: 50 Söhne des sonstigen Italiens hielten, begleitet von der unermüdlichen Polizei, ihren Platz und nahmen Quartier in der königlichen Eisenhütte. Der Zug ist streng fernzuhalten.

Die Streikleitung von Waldenburg i. Schl. ersucht uns, berichtend mitzuteilen, daß der ortsübliche Lohn, der den Maurern auf der Spiegelhütte vorzuzahlen wird, nicht 30, sondern 35 1/2 beträgt.

Gau Dresden. Im Großenhainer Bezirk, wo der Lohn schon in den achtziger Jahren 25 1/2 pro Stunde betrug und in den neunziger Jahren ab und zu über 30 1/2 pro Stunde stieg; beträgt der Stundenlohn jetzt 27 und 28 1/2, ja auch 26 1/2. In den übrigen Bezirken der Kreishauptmannschaft Dresden ist der Lohn um 5 bis 15 1/2 pro Stunde gestiegen. Ohne Streiks ist von unseren sächsischen Unternehmern nichts zu erreichen. So blieb auch den Großenhainer Kollegen nichts anderes übrig, als zum Streik zu greifen. Vorläufig sind die Baumeister Riemer und Möller angegriffen. Sämtliche 20 Kollegen haben am 18. März die Arbeit niedergelegt. Die Hauptforderungen sind: zehn Stunden und 35 1/2 Lohn pro Stunde.

Von Meissen war gemeldet, daß die Sperre über das Kolleppwerk eine schnelle Erledigung gefunden habe. Die Maßnahme war verfrucht; wohl waren die Differenzen mit unseren Kollegen beseitigt; aber nicht die mit den Zimmerern. Dadurch ist die mit den Maurern getroffene Vereinbarung gar nicht erst zur Geltung gekommen. Die Sperre besteht also noch weiter.

In Rott haben die Kollegen am 15. März, 23 an der Zahl, die Arbeit niedergelegt. Da sich die Unternehmer der Forderung der Kollegen, zehnständige Arbeitszeit und 30 1/2 Stundenlohn, unangenehm zeigten, so blieb nichts anderes übrig, wenn die Kollegen nicht endgültig auf jede Verbesserung der Arbeitsverhältnisse verzichten wollten.

Der Unternehmern Eigentümer in Strichberg a. d. E. hatte bekanntlich am 21. August des vorigen Jahres die

klarer ausgeperert. Im Winter war die Aussperrung zwar gegenstandslos geworden; da er sich jetzt aber immer noch weigert, die Aussperrung zurückzunehmen und die beschiedenen Forderungen zu bewilligen, so geht der Kampf von neuem los.

Gau Magdeburg. Die Lohnbewegung im Gebiet des Saales scheint in diesem Jahre sehr umfangreich zu werden. Bisher haben 41 Zweigvereine bezw. Lohngebiete dem Gau vorstehend berichtet, daß sie gewillt seien, den Unternehmern Forderungen zu unterbreiten. Geht es in folgenden Lohngebieten:

In **Alstedten** war die Forderung 5 $\frac{1}{2}$ Lohnsteigerung. Die Unternehmer verhalten sich ablehnend. Ob es zum Kampfe kommt, soll erst später entschieden werden.

In **Arndsee** hatten die Kollegen 27 bis 33 $\frac{1}{2}$ gefordert. Dem stimmten die Unternehmer zu, wenn die Mindestgrenze des Lohnes auf 25 $\frac{1}{2}$ gesetzt würde. Durch das Eingreifen des Gauvorstandes wurde dann der schon abgeschlossene Bund umgelöst und die Unternehmer verpflichtet, einen Lohnsatz von 30 $\frac{1}{2}$ zu zahlen. Im nächsten Jahr soll dann auch die elfte Stunde abgeschafft werden.

In **Blankenburg** forderte man 4 $\frac{1}{2}$ Lohnsteigerung. Das Angebot der Unternehmer, 2 und 3 $\frac{1}{2}$ Lohnsteigerung einzutreten zu lassen, wurde am 14. März mit 104 gegen 25 Stimmen angenommen. Ob damit die Bewegung abgeschlossen ist, bleibt abzuwarten, da die Zimmerer das Angebot der Unternehmer zurückweisen und sofort in den Streik traten.

In **Biere** wurden 2 $\frac{1}{2}$ Lohnsteigerung gefordert. Das Angebot der Unternehmer lautete auf 1 $\frac{1}{2}$. Die Entscheidung steht noch aus.

Croppenditz: Forderung 5 $\frac{1}{2}$ Lohnsteigerung. Festsetzung eines Mindestlohnes von 35 $\frac{1}{2}$. Die Unternehmer haben die Forderung mit der Einspruch des Zweigvereinsvorsitzenden beantwortet. Die Antwort, die unsere Kollegen zur pössenden Zeit erfolgen lassen werden, wird auch deutlich ausfallen.

In **Gein** hat die Forderung auf 5 $\frac{1}{2}$ Lohnsteigerung und Festsetzung eines Mindestlohnes von 38 $\frac{1}{2}$ bisher nur ein kleinerer Unternehmer anerkannt, die übrigen haben noch nichts von sich hören lassen.

In **Giesleben** sind die Kollegen um eine Erwerbszulage eingeladen. Der Wortlaut der Forderung ist dem Gau vorstehend nicht mitgeteilt. Eine über den Unternehmer Bräuer, wegen Lohnrückzahlung verhängte Baupolizei konnte, nachdem der Gauvorstand vermittelnd eingegriffen hatte, aufgehoben werden.

In **Neuhalsleben** sollte laut Abmachung vom Vorjahre am 1. Mai der Lohn von 36 auf 38 $\frac{1}{2}$ erhöht werden. Die Verhandlungen über die Abfertigung eines Arbeitsvertrages sind bis auf einige Ausnahmefälle, die noch auszuheilen sind, erledigt. Tritt der Vertrag in Kraft, so gilt der Lohnsatz von 38 $\frac{1}{2}$ in 14 Orten. In 37 Orten der weiteren Umgebung sollen 35 $\frac{1}{2}$ gefordert werden. Hier wird es ohne Kampf nicht abgehen.

In **Ochtersleben** betrug bisher der Lohn laut Tarif für Dickschleichen 37-39 $\frac{1}{2}$ für Hornhausen 35-37 $\frac{1}{2}$. Die Forderung lautet auf 4 $\frac{1}{2}$ Lohnsteigerung. Die Unternehmer bieten bei zweijährigem Vertrage für Dickschleichen 40 $\frac{1}{2}$ für Hornhausen 38 $\frac{1}{2}$ Einheitslohn. Bei dreijährigem Vertrage das erste Jahr 40 bzw. 38 $\frac{1}{2}$, das zweite und dritte Jahr 42 bzw. 40 $\frac{1}{2}$ Einheitslohn. Die Kollegen verlangen zweijährigen Vertrag und die zweite Lohnsteigerung für 1907. Da die Unternehmer bei ihrem Angebot stehen bleiben, sind die Verhandlungen auf dem toten Punkt angelangt.

In **Ochtersleben** fordern die Kollegen 5 $\frac{1}{2}$ Lohnsteigerung. Welchen Standpunkt die Unternehmer einnehmen, ist dem Gauvorstand bisher nicht mitgeteilt.

Auch in **Schalenleben** werden 5 $\frac{1}{2}$ Lohnsteigerung gefordert. Eine Antwort der Unternehmer ist noch nicht erfolgt. In **Schöndorf** verhalten sich die Unternehmer der Forderung von 5 $\frac{1}{2}$ Lohnsteigerung gegenüber ablehnend. Die Kollegen haben deshalb beschlossen, nach dem 1. April abzuziehen.

Die Kollegen in **Wolmirstedt** fordern 8 $\frac{1}{2}$ Lohnsteigerung. Die Unternehmer wollen für dies Jahr 3 $\frac{1}{2}$ und für das nächste Jahr 1 $\frac{1}{2}$ bewilligen. Kampfaktionen sind unter Wolmirstedter Kollegen nicht; erst stellen sie hohe Forderungen, und wenn dann die Unternehmer nicht sofort bewilligen, machen sie den Zurückzieher, obwohl sie nicht die geringste Veranlassung dazu hatten.

Gau Dortmund. In den beiden größten Orten unseres Bezirks, wo wir für dies Jahr Lohnbewegungen zu erwarten hatten, sind bereits durch Abschluß von Verträgen beendet. In **Duisburg**, wo der bestehende Tarif am 1. April d. J. abläuft, forderten unsere Kollegen 68 $\frac{1}{2}$ und neunzehnhundertstündige Arbeitszeit. Bei der ersten Verhandlung am 19. Februar boten die Unternehmer 63 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn vom 1. April d. J. und 55 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn vom 1. April 1907 an. Außerdem waren sie nicht abgeneigt, vom 1. April 1908 68 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn und die neunzehnhundertstündige Arbeitszeit zu bewilligen. Bei der zweiten Verhandlung am 6. März wurde das letztere strikte abgelehnt, da, wie die Unternehmer zu verstehen gaben, sich der „Direktor“ des Arbeitgeberbundes um den Anschluß der Duisburger Unternehmer an den Bund bemüht hat und ihnen bei dieser Gelegenheit wohl klar gemacht hat, daß auch der Duisburger Vertrag mit dem rheinisch-westfälischen gleich ablaufen müsse. Nach längerem Gandel erklärten sich die Unternehmer bereit, vom 1. April eine Lohnsteigerung von 3 $\frac{1}{2}$ und vom 1. Oktober um weitere 2 $\frac{1}{2}$ einzutreten zu lassen. Im übrigen bleibt im allgemeinen der alte Tarif bestehen. Unsere Mitglieder haben diesen Vereinbarungen am 12. März ihre Zustimmung gegeben.

Auch in **Münster** läuft der bestehende Vertrag am 1. April dieses Jahres ab. Hier forderten unsere Kollegen 62 $\frac{1}{2}$ und zehnhundertstündige Arbeitszeit. Nachdem die Forderungen den Unternehmern zugestimmt waren, schlossen sich diese dem rheinisch-westfälischen Arbeitgeberbunde an und beantragten nun, die Lohnfrage durch das Einigungsamt zu entscheiden. In der am 12. d. M. in Münster stattgefundenen Sitzung des Einigungsamtes ist nun im großen und ganzen der rheinisch-westfälische Vertrag vereinbart, mit der Maßgabe, daß vom 1. April an die zehnhundertstündige Arbeitszeit eingeführt wird und der Stundenlohn von 45 $\frac{1}{2}$ auf 49 $\frac{1}{2}$ erhöht wird. Vom 1. April 1907 steigt

der Stundenlohn auf 51 $\frac{1}{2}$. Auch hier haben die Kollegen in ihrer Versammlung den Vereinbarungen zugestimmt. In einer Anzahl kleinerer Orte, wo den Unternehmern Forderungen gestellt sind, wird es dagegen anscheinend zum Kampfe kommen.

Unsere Kollegen in **Wesle** haben bei drei Unternehmern, A. Hütten, J. Hütten und C. Hütten, Donnerstag, den 8. März, die Arbeit niedergelegt, nachdem der Unternehmer A. Hütten die Forderungen unserer Kollegen schriftlich anerkannt hatte. Bei den drei Unternehmern kommen 52 Kollegen, 38 Verheirathete mit 83 Kindern und 14 Ledige in Betracht. Von diesen werden wir im Laufe dieser und der nächsten Woche eine größere Anzahl anderweitig unterbringen können, so daß nur wenig zu unterstützen sein werden. Arbeit ist hier gegenwärtig sehr viel, und es ist zu hoffen, daß die Unternehmer bald bewilligen werden. Die Unternehmer, die anfänglich 24 $\frac{1}{2}$ pro Stunde bewilligt hatten, haben dieses Zugeständnis zurückgezogen. Der Unternehmer Hütten erklärte, nach reiflicher Überlegung wären sie zu der Überzeugung gelangt, daß, wenn sie dies Zugeständnis von 24 $\frac{1}{2}$ pro Stunde aufrecht erhielten, die Landmeister ihnen Konkurrenz machen würden. Das scheint aber nur eine leere Ausrede zu sein, denn nachweislich hat der Unternehmer Hütten für seine Gesellen von dem Vorherrscher M. 4 erhalten, während der Geselle nur M. 2,75 erhielt; für Bauarbeiter wurden gleichfalls M. 4 berechnet, während sie nur M. 1,50 pro Tag erhielten. Das ist eine nette Einnahme, und wir begreifen deshalb auch, daß es ihnen mehr ist, wenn sie nunmehr, von dem Vorherrscher etwas abgeben sollen in Form eines höheren Stundenlohnes. Auch bei Alfordarbeiten scheint der Herr dem Wahlpruch zu huldigen: er kommt hier, dann komme ich nochmals, und was dann übrig bleibt, kann derjenige erhalten, der die Werte geschaffen hat. Vor der Forderung hat der Unternehmer Hütten seine Gesellen Alfordarbeiten ausführen lassen. Als die Arbeit aufgenommen war, sollte Hütten unseren Kollegen M. 170 zahlen, aber M. 100 wurden nur bezahlt und M. 70 behielt Herr Hütten. Als unsere Kollegen ihn wiederholt daran erinnerten, tat er den denkwürdigen Ausbruch: „Das Geld ist viel besser in meiner Tasche.“ Das war zu einer Zeit, als unsere Kollegen an eine Organisation noch nicht dachten. Heute, nachdem unsere Kollegen sich organisiert haben, wollen sie sich eine derartige nichtswürdige Behandlung nicht mehr gefallen lassen. Und so haben sie den Kampf aufgenommen in der Hoffnung, den Unternehmern es klar machen zu können, daß ein Stundenlohn von 35 $\frac{1}{2}$ nicht zu viel ist bei diesen teuren Zeiten. Der Bezug nach Wesle ist ferngehalten.

In dem zum Zweigverein **Wesfeld** gehörigen Orte **Wahlstedt** hielt der Unternehmer Erbe den dort geltenden Tarif nicht ein. Nachdem über seine Arbeiten die Sperre verhängt worden war, war er in zwei Tagen eines besseren belehrt.

Die Kollegen in **Gerford** eruchen, ihren Ort zu meiden, da dort großer Arbeitsmangel herrscht.

Gau Hildesheim. In **Schöndorf** d. M. fordern die Kollegen eine Lohnsteigerung von 35 auf 40 $\frac{1}{2}$ pro Stunde, Abrechnung der Gehälter, Lohnzahlung am Sonnabend, auf den Bauarbeiten, Genäßung eines Landgeldes von 3 $\frac{1}{2}$ pro Stunde und menschenwürdiges Quartier, wo übernachtet werden muß. Die Unternehmer haben nun unter 12. Februar den Kollegen mitgeteilt, daß sie bereit seien, den Stundenlohn auf 38 $\frac{1}{2}$ zu erhöhen, jedoch sollte er vom 1. April 1906 bis zum 1. April 1910 von Bestand bleiben. Junggeheime sollen im ersten Vierteljahr pro Stunde 32 $\frac{1}{2}$ erhalten; ältere Gesellen, die nicht mehr im Vollbesitz ihrer Arbeitskräfte sind, je nach Vereinbarung. Lohnzahlung, Gehalt usw. sollen so bleiben wie bisher. Das Landgeld wird abgelehnt; jedoch wird beim Weizen pro Stunde 1 $\frac{1}{2}$ Einheitslohn gewährt. Dies Angebot wurde abgelehnt. Die Kollegen wollen sich auf keinen Fall der Jahre für den Lohnsatz von 38 $\frac{1}{2}$ fügen. Soffentlich zeigen die Unternehmer etwas mehr Entgegenkommen, so daß noch eine Einigung erzielt wird.

In **Goldberg** d. M. sind seit Dezember sämtliche Zimmerer ausgeperert. Infolge der kalten Witterung sind bereits einige Bauten so weit gediehen, daß die Zimmerarbeiten dringend geworden sind. Hierdurch ist nun schon ein Teil der Kollegen in Willemsdorf gedrungen worden. Nach Verlauf einiger Wochen dürften fast sämtliche Kollegen mit in den Kampf hineingezogen werden, wenn bis dahin kein Frieden geschlossen ist. Der Bezug ist deshalb bis auf weiteres auch von Goldberg ferngehalten.

In **Varich** ist die Lohnbewegung beendet. Die Unternehmer haben sich nach nochmaliger Unterhandlung bereit erklärt, vom 1. April an den Stundenlohn von 35 auf 38 $\frac{1}{2}$ zu erhöhen. Die Nebenforderungen sollen in der nächsten Zeit gemeinsam geregelt werden.

Im **Bezirk Letzow-G. W. Modern-Mamerow** ist am 26. Februar die schriftliche Antwort, die in der Verhandlung am 27. Januar zugesagt wurde, von den Unternehmern eingegangen. Sie hat folgenden Wortlaut:

An die Lohnkommission der Maurer und Zimmerer zu Letzow und Umgebung.

Auf Ihr Gesuch, vom Ende Dezember 1905, betreffend Lohnsteigerung, teilen wir Ihnen mit, daß sämtliche Mitglieder der Jünung gewillt sind, den Lohn in der von Ihnen beschriebenen Weise zu erhöhen und die Arbeitszeit auf 10 Stunden herabzusetzen und zwar beides vom 1. Januar 1907 an. Sie erhalten also für 1907 pro Stunde 37 $\frac{1}{2}$, für 1908 und 1909 pro Stunde 38 $\frac{1}{2}$. Die Arbeitszeit in den einzelnen Monaten im Frühjahr und Herbst denken wir in gemeinschaftlicher Verhandlung Ende dieses Jahres zu regeln. Mit der Aufhebung der Münbungsfrist erklären wir uns schon von jetzt an einverstanden.

Wir bitten um Ihr schriftliches Einverständnis mit diesen Abmachungen und geben uns der Hoffnung hin, daß das gute Verhältnis zwischen Meistern und Gesellen fortbestehen möge.

Der Vorstand der Jünung der geprüften Baugewerksmeister. Letzow, 26. Februar 1906. G. G. G. G. G.

Bisher beträgt der Stundenlohn 35 $\frac{1}{2}$ bei zehnhundertstündiger Arbeitszeit. Nach dem Angebot der Unternehmer würde sich bei zehnhundertstündiger Arbeitszeit ein Mehr von täglich 3 $\frac{1}{2}$ ergeben und dann erst vom 1. Januar 1907 an. Die Unternehmer dürften wohl selbst nicht daran glauben, daß die Kollegen hierauf hineinfließen. Die gebotenen 38 $\frac{1}{2}$ für 1908 und 1909 sind erst recht nicht dazu geeignet, das Angebot schmackhafter zu machen. Eine am 11. März stattgehabte gemeinsame

Beratung der Maurer und Zimmerer lehnte denn auch das Angebot einstimmig ab. Gleichzeitig wurde die Lohnkommission beauftragt, den Unternehmern dieses mitzuteilen und um eine weitere Unterhandlung nachzulegen.

In **Rufalen** fordern die Kollegen 35 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn und die zehnhundertstündige Arbeitszeit. Die Unternehmer sind nun bereit, eine Lohnsteigerung von 2 $\frac{1}{2}$ pro Stunde einzutreten zu lassen. Die zehnhundertstündige Arbeitszeit wollen sie nicht gewähren. Ferner soll das Landgeld, das täglich 15 $\frac{1}{2}$ beträgt, noch für den Sonnabend gelöst werden. So ausnahmsweise den Kollegen einmal Mittags warmes Essen verabfolgt wird, soll das Landgeld ebenfalls in Wegfall kommen. Dies Angebot ist einstimmig abgelehnt worden. Die Kollegen beschließen nun, die Unternehmer zu einer mündlichen Unterhandlung einzuladen. Die Arbeitsgelegenheit ist gut, so daß wohl auf eine Erfüllung unserer Wünsche zu rechnen ist.

In **Wagow** sind nach elf Monate langem Kampfe die Unternehmer zu Kreuze geschrien. Es ist nun am 13. März zur Abschließung eines Arbeitsvertrages gekommen. Dieser tritt sofort in Kraft und gilt bis zum 31. März 1907. Es tritt eine Lohnsteigerung von 38 auf 37 $\frac{1}{2}$ in der Stadt, und von 34 auf 39 $\frac{1}{2}$ für Heberlandarbeit, wo übernachtet werden muß, ein. Da die Arbeitsgelegenheit sich noch nicht eindeutig hat und noch eine ganze Anzahl Kollegen arbeitslos sind, tun die Kollegen allerorts gut, den Bezug nach hier bis auf weiteres noch fernzuhalten. Aufgabe der Wagoner Kollegen muß es sein, ihre Organisation weiter auszubauen und für das nächste Jahr zu rüsten. Da bereits bis zum 1. November d. J. die neuen Forderungen für das nächste Jahr eingereicht werden müssen.

In **Grevesmühlen** hatten die Unternehmer für dies Jahr vom 1. April an eine Lohnsteigerung von 35 auf 37 $\frac{1}{2}$ in der Stadt und von 38 $\frac{1}{2}$ für Landarbeit geboten. Dies Angebot lehnten die Kollegen ab und beauftragten die Lohnkommission, um eine nochmalige Unterhandlung nachzulegen. Diese hat nun bereits stattgefunden. Die Unternehmer erklärten, nicht mehr als 37 $\frac{1}{2}$ für Stadtarbeit zahlen zu können. Es sei das Aeußerste, wenn sie noch ein weiteres Entgegenkommen zeigten, und für Landarbeit 39 $\frac{1}{2}$ gewähren würden. Ein Vergleich hierüber steht noch aus. Jedoch ist auch hier die Ansicht vorhanden, daß ein beiderseitig befriedigender Abschluß erreicht wird.

Gau Hamburg. Die Lohnbewegung in **Wandsb.** ist als beendet zu betrachten. Die Unternehmer bewilligten eine Lohnsteigerung von 65 $\frac{1}{2}$ auf 65 $\frac{1}{2}$ pro Stunde sowie eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 10 auf 9 $\frac{1}{2}$ Stunden pro Tag im Sommer. In die Arbeitsordnung soll eine Bestimmung hineinkommen, wonach alle Alfordarbeit verboten ist. Die Arbeitszeit dauert im Sommer von 6 $\frac{1}{2}$ Uhr Morgens bis 6 $\frac{1}{2}$ Uhr Abends nach 6 Uhr werden die Heberstunden mit 5 $\frac{1}{2}$ pro Stunde Aufschlag bezahlt. Wird in dringenden Fällen Sonntags gearbeitet, so werden den Maurern 70 $\frac{1}{2}$, den Bauarbeitern 80 $\frac{1}{2}$ pro Stunde bezahlt. Für Wasserarbeit wird der Stundenlohn um 5 $\frac{1}{2}$ erhöht. Müssen Materialien vom Lagerplatz mitgenommen werden, so wird um 6 $\frac{1}{2}$ Uhr Morgens vom Platz weggeführt. Ausbilden und Aborte werden auf allen Neubauten hergestellt und muß die erste im Winter heizbar sein. Der Lohn wird jeden Sonnabend am Bau abbezahlt. Eine Kündigung des Arbeitsverhältnisses findet nicht statt. Zum Weizen werden den Maurern Büchsen geliefert oder es werden ihnen 20 $\frac{1}{2}$ Büchsen pro Tag gezahlt. Siemengsfahrt muß auch geliefert werden. Erfordern auswärtige Arbeiten von den Arbeitern Kosten, so hat der Unternehmer sie zu erlegen. Der Tarif ist zwischen den Unternehmern und unserer Lohnkommission unter Teilnahme eines Mitgliedes des Gauvorstandes vereinbart worden. Der neue Tarif tritt am 1. April in Kraft.

In **Warmstedt** haben die Kollegen mit den Unternehmern einen Tarif auf zwei Jahre abgeschlossen. Nach dem neuen Tarif wird vom 1. März 1906 bis 31. März 1907 bei zehnhundertstündiger Arbeitszeit der Lohn pro Stunde 48 $\frac{1}{2}$ betragen, und vom 1. April 1907 bis 30. April 1908 steigt der Lohn auf 52 $\frac{1}{2}$ pro Stunde und beträgt die längste Arbeitszeit im Sommer neunzehnhundert Stunden.

Die Unternehmer in **Schleswig** verlangen von unseren Kollegen die Anerkennung eines von ihnen einseitig aufgestellten Tarifs. Da sich die Kollegen dessen weigern, haben sie die Aussperrung angedroht.

Bekanntmachung des Verbandsverstandes.

„Arbeit und Kultur“. Die dritte Auflage des unter diesem Titel von uns herausgegebenen Buches ist vergriffen. Wir sind aber bereit, eine vierte Auflage des Buches herzustellen zu lassen, wenn noch genügend Bestellungen eingehen.

Weitere Bestellungen erwarten wir recht bald.

Agitation und Flugblattverbreitung. Auch in diesem Jahre muß mit dem beginnenden Frühjahr eine umfassende Agitation betrieben werden, um die nichtorganisierten Kollegen unserem Verbande zuzuführen.

Die Agitation soll eingeleitet werden durch eine allgemeine Hausagitation, die in allen Orten zu gleicher Zeit vom 25. März bis 1. April unter nichtorganisierten Kollegen vorzunehmen ist.

Zur Unterstützung und Erleichterung der Agitation geben wir eine Flugchrift, 32 Seiten stark, heraus. Die Flugchrift soll den Verbandsmitgliedern und auch allen dem Verbande nicht angehörenden Kollegen zugestellt werden, und zwar erstens durch die „Grundstein“-Beiräte und letzteren durch eigens dazu bestimmte Kollegen.

Wir eruchen die Mitglieder des Verbandes und besonders die Zweigvereinsvorstände, hiervon Notiz zu nehmen und zum guten Gelingen mit beizutragen.

Aufgabe der Zweigvereinsvorstände ist es, sofort die erforderlichen Vorbereitungen für die Flugchriftverbreitung und Hausagitation zu treffen. Für die Hausagitation ist besonders erforderlich, daß die Namen und Adressen der nichtorganisierten Kollegen aufgezeichnet und Verbandsmitglieder bestimmt werden, welche den Nichtorganisierten die Flugchriften ins Haus tragen

Normalkonjunktur im Baugewerbe gesichert, die hoffentlich den Kollegen ein Ansporn sein wird, im Sinne der Organisation ihre Pflicht zu tun.

Die günstige Entwicklung der Baukonjunktur konnte nicht ohne Einfluß auf die weitere Entwicklung der Organisation und auf deren äußere und innere Entwicklung bleiben. Dieser Faktor ist heute zwar nicht allein entscheidend, er ist aber für unsere Kollegen im Kampfe für ihre Lebensinteressen von großer Bedeutung. Die Zunahme der Zahl der Zweigvereine ist sehr gering, sie beträgt nur 2, deren Mitgliederzahl in der besten Zeit kaum 400 erreicht; aber um so größer ist die Zunahme der Zahlstellen und Filialen, deren Zahl am Jahreschluß rund 270 beträgt, und deren Mitglieder sich wiederum auf 700 bis 800 Orte verteilen. Erschien es vor einigen Jahren fast unmöglich, in die schwachen Bezirke des Landes einzudringen, so sind hier unsere Hoffnungen bedeutend gestiegen. Der in diesen Bezirken herrschende Geist des Mittelalters, deren Träger in der Regel die Ortsgeistlichen, Bürgermeister oder sonst einflussreiche Personen sind, weicht sich verzweifelt gegen die neue Zeit. Aber was hilft es? Sie müssen dem neuen, mächtigen Emporkömmling, der aus den Tiefen des Wirtschaftslebens seine Kraft gewinnt, Rechnung tragen; selbst Knecht und Weichwulst werden die Geister nicht bannen. Es wäre aber fahrlässig, die Kraft unserer Gegner zu gering einschätzen. Hier ist es nicht genug, einig zu sein, sondern einmütig müssen die Kollegen den Kampf führen, erst dann ist der gewünschte Erfolg gesichert. Esfen und frei muß den Gegnern gegenübergetreten werden, besonders den Geistlichen, deren Kampfesweise nicht selten unerhört ist. Ein solches Vorgehen durch uns, diktiert und geleitet von sachlichen Motiven, nötigt selbst den schlimmsten Gegnern Achtung und Anerkennung ab.

Die Mitgliederbewegung in den letzten 5 Jahren und die Durchschnittsziffer pro Jahr ergibt folgendes Bild:

| Jahr | Zweigvereine | Zahl der Stellen | Mitgliederzahl | | | | Durchschnitt pro Jahr |
|----------|--------------|------------------|----------------|------------|------------|------------|-----------------------|
| | | | 1. Quartal | 2. Quartal | 3. Quartal | 4. Quartal | |
| 1901.... | 17 | 87 | — | 4974 | 5139 | 4875 | 4875 |
| 1902.... | 18 | 108 | 5249 | 5477 | 5401 | 5487 | 5401 |
| 1903.... | 19 | 163 | 5471 | 6101 | 6973 | 7054 | 6400 |
| 1904.... | 15 | 202 | 7288 | 7833 | 8832 | 9107 | 8127 |
| 1905.... | 14 | 270 | 10179 | 11645 | 12424 | 12169 | 11604 |

Danach ist im Jahre 1905 absolut wie relativ die höchste Steigerung der Mitgliederzahl erreicht worden. Ein Resultat, das Befriedigung hervorruft bei allen Kollegen, die durch Mühe und Arbeit daran mitgewirkt haben. Ganz gleich, welche Arbeiten dem einzelnen dabei übertragen wurden: ob er als Hilfsarbeiter und „Grundstein“-Volporteur des Sonntags vom Haus zu Haus wanderte, ob er als Vertrauensmann auf der Baustelle tätig war, ob er als Vorstandsmitglied seine Pflichten erfüllte in der Zahlstelle oder im Zweigverein, ob er als Redner in den Versammlungen wirkte, oder ob er schließlich als einfacher Soldat in der Organisationsarmee bei der Flugblattverbreitung und Hausagitation und anderen Arbeiten die Kollegen wie deren Frauen von der Notwendigkeit der Organisation überzeugte, sie alle haben Anteil an dieser gesunden Fortentwicklung. Eine Organisation kann sich nur entwickeln, wenn alle mitwirken. Aber auch die Pflege des richtigen Geistes in der Organisation ist eine unserer wichtigsten Aufgaben. Gewiß ist in den letzten Jahren eine Besserung eingetreten, aber es muß noch viel mehr als bisher getan werden.

An anderen Organisationsfragen kommt allein der „christliche“ Bauhandwerkerverband in Frage. Die Mitgliederzahl dieser Organisation ist uns nicht bekannt, aber sie dürfte nach der Abrechnung, die in der „Baugewerkschaft“ veröffentlicht worden ist, im ersten Halbjahr 1903 kaum 760 übersteigen. Die Zahl der in diesem Verband organisierten Maurer dürfte kaum weit über 500 hinauskommen. Nehmen wir nun an, daß auch der „christliche“ Verband im zweiten Halbjahr noch an Mitgliedern zugenommen hat, so dürfte die Gesamtzahl der organisierten Maurer im Gau Frankfurt a. M. bereits 13 000 überschritten haben. In den benachbarten Ländern (Prov. Hessen-Nassau und Großherzogtum Hessen-Darmstadt) dürfte die Zahl der organisierten Maurer einschließlich des Cafeler und Mannheimer Bezirke, auf über 18 000 steigen, wovon über 15 000 unserer Organisation angehören. Diese Zahlen könnten fast den Glauben erwecken, als seien mindestens 80 bis 90 pSt. der Gesamtbevölkerung organisiert, aber dem ist nicht so. Gewiß sind Bezirke und Orte vorhanden, wo 90 und 100 pSt. aller Kollegen organisiert sind, allgemein fast aber nach unserer Schätzung noch nicht einmal 70 pSt. erreicht. Diesen Rest organisationsloser Kollegen werden wir uns in den nächsten Jahren holen müssen. An der Mitgliederzunahme sind mit Ausschluß von Coblenz und Aschaffenburg fast alle Zweigvereine beteiligt. Die absolut stärkste Zunahme weisen Frankfurt a. M. und Gießen auf, dann folgen Darmstadt, Wiesbaden, Mainz, Marburg, Gumbach usw. Neue Zweigvereine wurden gegründet in Kitz und Oberkain, in dem letzteren Ort bereits zum dritten Male. Auch diesmal scheint der ausgetretene Same keine guten Früchte tragen zu wollen; nachdem die „Grünber“, die zugewanderten Kollegen, wieder abgereist sind, ist das Organisationsleben wieder erstarbt. Teilweise recht ungünstig liegen für uns bisher die Verhältnisse noch in den Zweigvereinsbezirken Aschaffenburg, Coblenz, Fulda, Marburg und einigen anderen. Politische und kirchliche Bevormundung und Eiteltätigkeit sind neben anderen Schwierigkeiten die Ursachen, die überwunden werden müssen. Weniger stark ist der Druck in Aschaffenburg; hier bringt der Streik von 1904 noch einige Nachwehen. Coblenz, seit Jahren unser Schmerzenskind, durchlebte 1905 die größte Krise, und nur durch außergewöhnliche Mittel, die vom Gauvorstand aufgewendet wurden, haben wir dem Zweigverein das Leben gerettet. Die Mitgliederzahl, die auf rund 50 gläubige Mitglieder im zweiten Quartal gesunken war, ist auf fast 200 am Jahreschluß wieder gestiegen. Das Resultat kann keineswegs befriedigen; hoffentlich gelingt es der vereinten Kraft, weiter vorwärts zu drängen. Im Coblenzer Bezirk findet man neben

den höchsten Lebensmittelpreisen die erbärmlichsten Löhne, auch im Maurergewerbe. Alte Meister, vor Jahren bezogen, konnten auch im Berichtsjahre in Fulda nicht überwinden werden. Den Bezirk haben wir seit Jahren den Christlichen überlassen; es ist deshalb um so schwieriger, heute eine feste Position zu erreichen. Organisationsfähig sind die Kollegen, darüber ist kein Zweifel mehr, haben wir doch selbst circa 150 organisierte Kollegen im Bezirk; die Zahl der christlich organisierten Kollegen dürfte rund 400 betragen. Der Marburger Zweigverein ist bedeutend besser geworden; die Mitgliederzahl ist gestiegen und auch die Beitragsleistung ist besser als im Vorjahr; trotzdem kann aber von einer guten Organisation keine Rede sein. In den vier genannten Zweigvereinsbezirken, wo, wie bereits erwähnt, die Polizei und auch der Merkantilismus die Interessen der Weiblichen vertreten und nicht selten mit den rassistischen und brutalen Mitteln, sind auch Lohn- und Arbeitsverhältnisse am rückständigsten geblieben. Aber nicht allein die autoritative Macht, besonders die der katholischen Geistlichkeit, wird in diesen Bezirken benutzt, um uns entgegenzuwirken, sondern auch mit dem weit schlimmeren Feind der Arbeiterklasse, der Organisationszerstörung, wurde im letzten Jahre in echt demagogischer Weise hinter der Mäse der „Arbeiterfreundlichkeit“ gegen uns gekämpft. Wie lange noch? Die Stellung des Merkantilismus zur Arbeiterbewegung bräute in diesen Bezirken den Lebensverhältnissen der Arbeiter den Stempel auf. Trotz teilweise sehr harter gewerblicher und industrieller Entwicklung sind, wie erwähnt, Lohn- und Arbeitsverhältnisse rückständig, ja, die schlechtesten mit in Deutschland. Wo mag das von der Segen der „christlichen“ Nachkommen bleiben? Mit der allgemeinen Entwicklung der Organisation ist aber nicht allein die Mitgliederzunahme gestiegen, sondern was selbstverständlich erscheint — auch die finanziellen Leistungen. Nicht erfreulich ist die Zahl der durchschnittlich pro Mitglied und Jahr verausgachten Markenzahl. Sie stieg von 33,68 im Jahre 1903 auf 35,87 im Jahre 1904, und erreichte im Berichtsjahre 37,09. Eine durchschnittliche Steigerung in den drei letzten Jahren von 3,41 Mark. Damit ist aber noch immer nicht der Durchschnitt des Gauverbandes erreicht.

Aus der nachfolgenden Zusammenstellung ist ersichtlich, wie in den letzten Jahren die Beitragsleistungen sich entwickelten; gering ist die Steigerung 1901 bis 1902, stärker in den letzten Jahren.

| Jahr | Verkaufte Beitragsmarken | | | | | Durchschnitt pro Jahr und Mitglied |
|----------|--------------------------|------------|------------|------------|----------|------------------------------------|
| | 1. Quartal | 2. Quartal | 3. Quartal | 4. Quartal | Zusammen | |
| 1901.... | 19137 | 48193 | 57001 | 39372 | 163966 | 33,64 |
| 1902.... | 19137 | 64103 | 57598 | 46679 | 167117 | 30,46 |
| 1903.... | 27485 | 59024 | 70993 | 58072 | 215575 | 33,68 |
| 1904.... | 29839 | 74477 | 89068 | 85156 | 295540 | 35,87 |
| 1905.... | 41043 | 127923 | 143752 | 117677 | 430395 | 37,09 |

Mit Ausnahme von zwei, Eisenheim und Weiburg, werden in allen Zweigvereinen lokale Aufschlagsbeiträge gezahlt; neu sind im letzten Jahre hinzugekommen: Gumbach, Gießen und Marburg. Die Höhe der örtlichen Aufschlagsbeiträge beträgt bei 6625 Mitgliedern (Zweigvereinen Frankfurt a. M.) 10 pSt. pro Woche, in allen übrigen Zweigvereinen 5 pSt., doch soll vermindert werden, in allen Zweigvereinen die Lokalzuschläge auf 10 pSt. zu erhöhen; einen fast einstimmigen Beschluß in diesem Sinne faßte schon die Gaukonferenz am Anfang des Berichtsjahres. Die Einführung der Aufschlagsbeiträge ist keine Liebesgabe, denn schon manche harten Meinungskämpfe sind deshalb in den letzten Jahren in den einzelnen Zweigvereinen ausgefochten worden. Die Notwendigkeit ihrer Einführung bedingten die besonderen Verhältnisse, die wiederholt von uns dargelegt worden sind. Eine ausgiebige und gründliche Agitation, wie sie in den letzten Jahren gesehen ist, wäre ohne Aufschlagsbeiträge nicht möglich gewesen. Die örtlichen Aufschlagsbeiträge haben uns im Gau aber nicht allein in organisatorischer und agitatorischer Beziehung Nutzen gebracht, sondern sie haben auch die frühere demoralisierende unzulässige Schuldenwirtschaft, die vollkommene Zerrüttung der Kassenverhältnisse in den Zweigvereinen zur Freude aller beigesteuert. Eine klare Uebersicht des früheren und jetzigen Zustandes gibt die folgende kurze Zusammenstellung:

| Jahr | Kassenbestände | | | | Im Durchschnitt pro Mitglied |
|----------|--------------------|----------------------|----------|--------------------|------------------------------|
| | In den Zahlstellen | In den Zweigvereinen | Zusammen | In den Zahlstellen | |
| 1902.... | 2886 | 88 | 2974 | 97 | — |
| 1903.... | 3152 | 60 | 3212 | 12 | 1 07 |
| 1904.... | 5360 | 95 | 5455 | 7 | 2 33 |
| 1905.... | 8141 | 11 | 8152 | 44 | 3 69 |

Ein weiterer Beweis, der als Gradmesser für die Entwicklung der Organisation dienen kann und der die obigen Darlegungen in ihren Einzelheiten klar bezeugt, sind die Ausgaben für allgemeine Agitation in den Zweigvereinen. Sie betragen:

| Jahr | Agitationsausgaben | | | | Im Durchschnitt pro Mitglied |
|----------|--------------------|----------------------|----------|-----------------|------------------------------|
| | In der Gaukasse | In den Zweigvereinen | Zusammen | In der Gaukasse | |
| 1902.... | 8085 | 85 | 8170 | 50 | — |
| 1903.... | 2458 | 85 | 2543 | 21 | — |
| 1904.... | 3477 | 64 | 3541 | 59 | — |
| 1905.... | 4891 | 24 | 4915 | 98 | — |

Wer möchte nach dieser Zusammenstellung den günstigen Einfluß der Lokalzuschläge auf die Agitation bestreiten? Und doch ist die Steigerung nicht anormal, wenn man bedenkt, daß mit der größeren Ausdehnung der Organisationsarbeit die aufgewendeten Mittel steigen müssen. Die Aus-

gaben sind zwar absolut gestiegen; aber berechnet man sie nach der durchschnittlichen Mitgliederzahl, so sind sie sogar noch etwas zurückgegangen.

Auch in den kommenden Jahren ist kaum eine Abnahme der Ausgaben zu erwarten, da die größten Schwierigkeiten der Agitation in den zurückgebliebenen und abgelegenen Bezirken erst beginnen. Jetzt heißt es, den Kollegen zu helfen, die am erbärmlichsten entlohn sind, und die unter dem Druck der jetzigen Wirtschaftsordnung am meisten leiden.

Bei der Agitation haben wir in den letzten Jahren die Erfahrung gemacht, daß das Vorgehen in ungewohnter und unüblicher Art; je nach Lage der örtlichen Verhältnisse richten wir unsere Tätigkeit ein. Gestatten es die Verhältnisse, mit einer Versammlung oder mit einem Flugblatt die Agitation zu beginnen, so ist diese Agitation am einfachsten, aber bei neuen Organisationsgründungen erscheint es nicht immer ratsam. Wir machen mit einem solchen Vorgehen in der Regel auch alle unsere Gegner mobil; sie beginnen den Kampf mit aller Schärfe, und wiederholt mußten wir erleben, daß, bevor die Neugründung feste Gestalt gewonnen hatte, sie bereits von der Brutalität der Gegner zertrümmert war. Wir kennen heute die Verhältnisse zu gut; wo wir mit Schwierigkeiten zu rechnen haben, beginnen wir mit Sittungen und Vespereungen; im letzten Streife werden die Arbeiten für den großen Bau vorbereitet. Mit wenigen Ausnahmen machen uns im Gau die Polizei und Behörden nicht die größten Schwierigkeiten; schlimmer ist schon der Clerus, und besonders der katholische. Die Kampfesweise des letzteren ist brutal und gemein. Die Zentrumsgroßen, die von den Geistlichen in den meisten Fällen inspiriert, haben im letzten Jahre einen so wilden Kampf auf der ganzen Linie gegen unsere Organisation geführt, wie nie zuvor. Was hat es aber genützt? Gar nichts! Im Gegenteil: schneller denn je sind wir vorwärts gekommen; das Wasser steht unseren Gegnern an der Kehle, deswegen diese wüste Schimpferei. Was hat selbst das letzte Mittel, die Organisationszerstörung, geholfen? Auch dieses rein demagogische Mittel, das den Heritalen Arbeiter „frei“ erl. im wahren Sinne erschaffen läßt, ist jammervoll. Es wäre ja geradezu beschämend, wenn wir nicht mit einem solchen Gegner fertig werden könnten. Selbstverständlich werden die Kämpfe fortsetzen, sich noch verschärfen, aber unsere Sache wird und muß siegen. Die ganze wirtschaftliche und soziale Struktur des Landes drückt uns so mächtige Waffen in die Hand, womit wir die gesamten Gegner glänzend schlagen können. Hat uns die große Zahl geistlicher Agitatoren hindern können, auf dem Lande vorzudringen? Hat uns das Duzend oder mehr christlich-katholischer Arbeiter- oder Gewerkschaftsführer hindern können in unserem Vornach? Wir sagen nein! Auch in Zukunft werden wir glänzend mit allem fertig, wenn die Kollegen ihre Pflicht tun.

Die Zahl der Versammlungen, Vespereungen und Sittungen, an denen Mitglieder des Gauverbandes oder andere Kollegen im Auftrage teilnahmen, beträgt insgesamt 893. In 107 Fällen waren andere Kollegen im Auftrage des Gauverbandes tätig.

Der Versammlungsbefuch ist durchschnittlich besser geworden, aber gut ist er auch heute nicht. Die größte Schuld an diesem Zustande geben wir der eintönigen und gleichgültigen Behandlung der Beratungen durch die Vorstände. Hier wird sehr stark gesündigt. Nicht selten spielen persönliche Hant- und Streitfragen die Hauptrolle in den Versammlungen und untergraben in kurzer Zeit das gesamte Interesse. Wir haben vom Gauvorstand im letzten Jahre versucht, diesem Uebel entgegenzuwirken; der Erfolg befriedigte aber nicht. Nicht selten sind die Einladungen zu Versammlungen und die sonstigen Arrangements mangelhaft, so daß auch hierdurch der Besuch leidet. Ein drittes, ebenfalls beachtenswertes Hindernis für guter Versammlungsbefuch bildet in einer großen Zahl Orte die Vergnügungssucht und die Vereinsmeierei. Es soll damit nicht ausgesprochen werden, wir seien Gegner davon. Man kann sehr wohl ein Freund von Gesang, Turn, Radfahrer-, Athleten-, Musik- und den sonstigen Vergnügungsvereinen sein, ohne dabei seine Pflichten in der Arbeiterbewegung zu vernachlässigen. Wir wünschen vielmehr, daß nicht allein für die jugendlichen, sondern auch für die älteren Kollegen die Freuden erweitert werden, aber man soll und darf über die Vergnügen und Festlichkeiten nicht das Leben selbst vergessen. Die organisierten Arbeiter sollen keine Mäder sein; Lebenslust und Lebensfreude fäkt uns im Kampfe mit dem Gegner, trotzdem kann man ungesunde Auswüchse bekämpfen.

Außer den Versammlungen und Flugblattverbreitungen sind Vauten- und Hausagitation unsere wichtigsten Mittel für Aufklärung und Organisationsförderung. Auf den Vauten treiben wir Agitation im Sommer und in den Wohnungen der Kollegen von Oktober bis März. Jedoch wird auch im Sommer die Hausagitation, angewandt in Orten, wo die Verhältnisse besonders schwierig liegen, alljährlich zweimal stellen wir, soweit dies möglich ist, die Zahl der unorganisierten Kollegen in allen Orten fest. Dadurch erhalten wir im Gauvorstand nicht allein eine gute Kontrolle über die Organisationsverhältnisse in den Orten, sondern auch eine Uebersicht über die Tätigkeit der Vorstände im Zweigverein und in den Zahlstellen. Eine solche Kontrolle liegt im Interesse einer gesunden Organisationsentwicklung.

Die Zahl der Lohnbewegungen, wie die Zahl der Beteiligten erreicht nicht die Höhe des Jahres 1904, doch stehen die erzielten Erfolge kaum dahinter zurück. Die Zahl der Kollegen, die im Berichtsjahre Lohnbewegungen erzielten, übersteigt deren Zahl im Jahre 1904 noch bedeutend.

Die Mittel- und Kleinstädte bringen keine Massenbewegung. Wir brachten bereits im vorjährigen Bericht eine Zusammenstellung, die den Kollegen zur Beachtung und Anregung dienen sollte. Weiteres Material ist durch die Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in diesem Jahre gewonnen worden, worauf wir weiter unten zurückkommen werden. Aber auch die Lohnbewegungen im Berichtsjahre zeigen uns, ein wie fruchtbares Feld für unsere Tätigkeit in diesen Orten vorhanden ist.

Die Arbeiterüberkürzung machte uns bisher die größten Schwierigkeiten. Nicht allein das Unternehmertum wehrte sich hartnäckig dagegen, sondern auch unsere Kollegen nahmen eine sehr rückständige Stellung ein, teilweise tun

* Am Schluß des Jahres 1903 hatten die Zweigvereine rund M. 1000 Schulden bei der Gau- und Gaukasse.

Wie es heute noch. Nicht selten läßt sich beachten, daß die Kollegen in den größeren Arbeitsorten für die geistigste Arbeitszeit schwärmen, aber in der Kleinstadt oder auf dem Lande werden sie rückfällig. Hier fehlt die grundsätzliche Klarheit, und darum der feste Wille. Wenn dies bei organisierten Kollegen vorkommt, so ist es bedauerlich. Eine Entschädigung gibt es nur dort, wo die Kollegen noch nichts anderes gesehen haben. Wo sie von ihren heimlichen Gefühlen fortgekommen sind, da haben sie in ihrer Abgeschlossenheit wieder von der gewaltigen Entwicklung des Wirtschaftslebens noch von der sozialen Bedeutung einer kurzen Arbeitszeit eine Ahnung. Der Organisation fällt hier mehr denn je die Aufgabe der Aufklärung zu.

Die Gesamtzahl der Lohnbewegungen beträgt im Berichtsjahre 76 mit zusammen 2782 beteiligten Kollegen. Von diesen kam es in 25 Fällen zu Unterhandlungen mit den Unternehmern, die zu einer Einigung führten. In 13 Fällen kam es zum Streik und in 8 Fällen verzichteten die Kollegen entweder auf die Durchführung der Forderungen oder die Unternehmer machten Zugeständnisse, mit denen sie sich zufriedengaben. Bei den 13 Lohnbewegungen, wo es zum Streik kam, waren 9 mit 619 Beteiligten erfolgreich und 4 mit 110 Beteiligten hatten einen unmittelbaren Erfolg nicht. Insgesamt wurde bei den 46 Lohnbewegungen für 2009 Kollegen eine Lohnsteigerung von 2 bis 13 % erzielt und für 1446 Kollegen eine Arbeitszeitverkürzung von einer Stunde pro Tag. Einschließlich der im Vorjahre abgeschlossenen Arbeitsverträge, wodurch Lohnbewegungen in diesem Jahre eintreten, stellten sich die diesjährigen Lohnbewegungen wie folgt:

| 4 | Lohnbezirke mit 1767 Kollegen | 1 % pro Stunde |
|----|-------------------------------|----------------|
| 11 | 4670 | 2 |
| 5 | 479 | 3 |
| 6 | 758 | 4 |
| 5 | 91 | 5 |
| 1 | 88 | 6 |
| 4 | 654 | 7 |
| 2 | 30 | 8 |
| 1 | 278 | 10 |
| 1 | 52 | 18 |

Die größte Zahl der Lohnbewegungen, wie die Zahl der beteiligten Kollegen entfällt auf das Zweigereinsgebiet Frankfurt a. M. In Frankfurt selbst sind die Bewegungen in den Spezialbranchen: Zementarbeiter, Fliesenleger und Maler beachtenswert, wobei für die beiden letztgenannten Branchen die neunstündige Arbeitszeit für 825 Beteiligte zum ersten Male im Bauvertraglich anerkannt wurde. Bei den Plattenlegern wurde außerdem die Affordarbeit beibehalten. Über diesen Erfolg — so wird erzählt — sollen einige Schmarotzer des Mittelständigen Arbeitgeberverbandes sehr erfreut sein; es soll sogar mit einem Boykott der Spezialgeschäfte gedroht worden sein. Wasbal? Nach den gesammelten Erfahrungen erscheint es unbedenklich. Bei den Zementarbeitern ist es sehr schwer, zu geordneten Verhältnissen zu kommen; der ständige Wechsel schafft unständige Verhältnisse, und doch ist der Erfolg bei aller Schwierigkeit recht bedeutend. Vom Standpunkt der Maurerbewegung ist es notwendig, der Zementbranche die größte Beachtung zu schenken. Die Fortschritte der Zementarbeit im Baugewerbe in den letzten Jahren sind staunenerregend. Frankfurt bildet die Zentrale, das entweder seine Produkte oder die Arbeiter nach allen Richtungen sendet.

In der Umgebung Hannovers gab es Lohnbewegungen in Groß- und Klein-Aueheim, in Groß- und Klein-Steinheim, Langensfeld und Seligenstadt. In den zuerst erwähnten Orten kam es bei einigen Unternehmern zu kleinen Arbeitszeiteinstellungen, und in Seligenstadt zum allgemeinen Streik. Günstig wurden die Lohnbewegungen durch Unterhandlungen, wenn auch mit einigen Streiktagen der Unternehmer, geregelt. In Groß-Aueheim wurde der Lohn sogar um 2 1/2 höher festgesetzt als in Hannover, in den übrigen Orten kamen Hannoverer Lohnsätze zur Anerkennung. Den größten Erfolg hatten die Langensfeldter Kollegen, die eine Stunde Arbeitszeitverkürzung und 8 bis 10 % Lohnsteigerung erzielten. In Seligenstadt ließen sich die Unternehmer nach mehrwöchigem Kampf zur Anerkennung der neunstündigen Arbeitszeit und 40 % Stundenlohn zwingen. Die Unternehmer in Langen in Hessen glaubten, klug und weise zu handeln, wenn sie unserer Lohnforderung wenig Beachtung schenkten. Als später in gemeinsamer Sitzung 6 bis 8 % Lohnsteigerung und neunstündige Arbeitszeit vereinbart wurden, verurteilten die Unternehmer, auch diese beiläufig herabzusetzen. Dann kam es zum Streik. Den Unternehmern ging nach fünf Wochen die Luft aus, als sie sahen, daß die Kollegen alle wieder in Arbeit waren und ein Streikbrecher in Langen als ein unnatürliches Gewächs angesehen wurde. Für ihre Kapitulanz zahlten die Herren dann 8 bis 10 % Lohnsteigerung. Ebenso erfolgreich waren nach mehrwöchigem Streik unsere Diegenbacher Kollegen. Neunstündige Arbeitszeit und 6 bis 8 % Lohnsteigerung waren auch hier der Lohn des Kampfes. In der Umgebung Frankfurts wurden in Neu-Heuburg, Mödelheim und Wübel die Frankfurter Vertragsklauseln für 1905 anerkannt, zu einem eigentlichen Vertragsabschluss kam es aber nur in Neu-Heuburg. Vor einigen Jahren waren die Lohnunterschiede zwischen diesen Orten und Frankfurt noch bedeutend; hoffentlich gelingt es nun auch, die sonstigen Orte der Umgebung mit Frankfurt in eine Front zu bringen. Einen recht interessanten und erfreulichen Ausgang nahmen die Lohnbewegungen in Homburg, b. d. Höhe und Oberusel. Die Unternehmer in diesen Orten trühten in einer mächtigen Aufsperrungsaktion ausgebreitet und richteten in einer mächtigen Organisation für den ganzen Oberrheinkreis auch in der Praxis für diese Orte. Wie es später nicht so recht am Schnüßchen klappen wollte, hatten sie Rat und Hilfe beim Mitteldeutschen Arbeitgeberverband. Dem Arbeitgeberverband ist dann mit zu danken, daß es für den ganzen Oberrheinkreis zu einem Vertrag kam, an dem außer den oben genannten Orten noch die bedeutenden Orte Cronberg, Königstein i. Taunus und die Orte Friedrichsdorf und Kellheim und andere partizipieren. Der Erfolg war für circa 820 Kollegen 6 bis 7 % Lohnsteigerung und für circa eine Stunde Arbeitszeitverkürzung. Die schwanke Haltung der „Christlichen“

— das sei hier gesagt — brachte auch hier eine Schwächung der Bewegung. Ohne einen unmittelbaren Erfolg blieben nur die Lohnbewegungen in Zöflein und Alzenau, die ebenfalls im Frankfurter Zweigereinsgebiet liegen. Im ersten Fall war die Organisation nicht genügend erstärkt, und in dem anderen war am Anfang der richtige Moment verpaßt. Die Kollegen konnten in beiden Fällen wieder in andere Arbeit gebracht werden, so daß sie vor größeren Opfern bewahrt blieben. In einem zweiten Waffengang, der hoffentlich nicht allzu lange auf sich warten läßt, werden die Unternehmer den berechtigten Forderungen schon mehr Verständnis entgegenbringen. Die Lohnbewegung der in den Fachwerten in Höchst a. Main beschäftigten Kollegen ist ebenfalls nicht nach unseren Wünschen ausgefallen. Die große Zahl der dort beschäftigten Kollegen (circa 250) wird zu besseren Organisationsverhältnissen kommen müssen, bevor geregelte Verhältnisse zu erlangen sind. Dieselben Zustände wie in Höchst herrschen auch in den gemischten Fabriken in Griesheim, Fachsenheim und anderen Orten. In allen sind eine größere Anzahl Arbeiter beschäftigt, so daß es Pflicht der Organisation ist, Ordnung zu schaffen.

Die Lohnbewegungen im Zweigereinsgebiet Darmstadt waren weniger zahlreich, brachten aber doch in mehreren Orten ganz adäquate Erfolge. In Gerstadt wurde der Darmsstädter Vertrag anerkannt, und in Pfungstadt endlich, nach jahrelangen wiederholten Versuchen, die neunstündige Arbeitszeit eingeführt. Günstig zeigten auch jetzt die Pfungstädter Kollegen, daß sie höhere Löhne verdienen müssen; was in Gerstadt möglich ist, muß auch in Pfungstadt möglich sein. Die Lohnbewegungen in Bensheim, Auerbach, Heppenheim usw. an der Bergstraße sind so gut wie im Sande verlaufen. Die Unternehmer zahlten 1 bis 2 % Lohn mehr pro Stunde, wodurch den Kollegen anscheinend der Mut aufgenommen worden ist. Damit imponiert man Unternehmern nicht; um zur Anerkennung ihrer Rechte zu gelangen, müssen auch die Kollegen an der Bergstraße andere Mittel anwenden. Längere Zeit mußte die Oberarmstädter Kollegen streiken, bis es gelang, drei Unternehmer zur Anerkennung des Darmsstädter Vertrages zu zwingen. Die beiden anderen haben versprochen, im Frühjahr 1906 auch in ihren Betrieben in demselben Sinne eine Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse vorzunehmen. Ob es wahr wird? Die größte Sicherheit des Erfolges liegt darin, daß die Kollegen das Pulver trocken halten, auch im Jahre 1906. Ferner wurden noch Lohnbewegungen in Müllers- und Roddorf erzielt, ein Beweis, daß auch auf dem Lande die Interessen der Kollegen vertreten werden müssen. Mehrere Orte in der nächsten Umgebung Darmstadts wollen sich immer noch nicht den dortigen Verhältnissen anpassen, so u. a. Weißen, Wighausen und Gersau; sie werden 1906 das Versäumnis nachholen.

Unangenehm waren die Lohnbewegungen im Zweigereinsgebiet Mainz, Alzen, Wingen, Bischofsheim, Wubenheim, Gonsenheim, Angelheim, Königstätten und Wombach stellten Forderungen und erzielten auch dementsprechende Erfolge. Die bedeutendste von allen Bewegungen war die Alzener. Nach jahrelangem vergeblichem Bemühen gelang es endlich den Kollegen, die Früchte zu ernten. Der Neubau der Grenzanstalt bot dazu günstige Gelegenheiten. Für die Stadt und für die Grenzanstalt konnten zwei verschiedene Sätze zur Durchführung. Bei Arbeiten in der Stadt sind neunstündige Arbeitszeit und 40 % Stundenlohn vereinbart worden, und an der Grenzanstalt neunstündige Arbeitszeit und 45 %. Diese Bewegung dürfte beträchtlich auf ganz Rheinhessen und besonders auf die kleinen Städte und das flache Land wirken. Die Orte in der Umgebung von Mainz haben dieselben Lohn- und Arbeitsbedingungen erhalten wie Mainz, mit Ausnahme von Wubenheim; zum Streik kam es dabei nicht. Die Bewegungen in Königstätten und Angelheim hatten unmittelbar einen Erfolg nicht, aber doch sind sie nicht ohne Einwirkung geblieben. Besonders in Angelheim sind die Löhne in wenigen Jahren von 84 bis 85 % auf 88 und 40 % pro Stunde gestiegen.

Einen ungünstigen Ausgang nahm die Winger Lohnbewegung, wofür die „Christlichen“ einzig und allein die Verantwortung tragen. Durch die erwachte Einigkeit der Kollegen in Wingen gerieten die Winger Bauunternehmer in Gefahr, tiefer in den Gelbbeutel greifen zu müssen. Die Christlichen haben durch ihre „Denkzettel“ der Organisationszerstückelung wieder einmal die behagliche Existenz der Unternehmer getrübt, und die Kollegen können mit ihren Familien im Glend weiter schmachten. Wir hatten seinerzeit den Wörthfurter der Christlichen, einen Herrn Grafenberger aus Wiesbaden, der dort als Agitator für die Zentrumspartei angestellt und ehemals Bauarbeiter gewesen sein will, „bitter beleidigt“. Es kann heute keinen Zweifel mehr geben, daß Herr G. aus „Hiesiger“ Überzeugung seine flüchtigen Grundsätze der Arbeiterzerstückelung vor den Arbeitern des Rheingaus herabgelassen hat, „den roten Teufel“, die sich in den letzten Jahren leuchtend ausbreiteten, mit Stumpf und Stiel auszuwischen. Mit einem Rattenkönig von Verleumdungsprojekten hat G. seine Wiberzucht bedacht, u. a. auch unseren Kollegen Güttmann, der nunmehr mit einer Strafe von 20 bis vorbestrafte Individuum gebrandmarkt worden ist. Herr G. wird aber als moderner Don Quixote der Zentrumspartei seinen „Gegensatz“ im Rheingau antreten, und in kurzer Zeit die „Nuten“ mit Mann und Maus vernichten haben. Mit Genugtuung konnte Herr G. seinen Auftraggebern am Schluß des Jahres 1905 triumphierend zurufen: Mein Erfolg = 0 + 0 = 0.

Als Charakteristikum aus dem Winger Prozeß gegen den Kollegen Güttmann, wo der ganze christliche Schwundel aufgeklopft wurde — selbstverständlich ist Herr Grafenberger hier ausgefallen — sei mitgeteilt: Der dort als Zeuge geladene christliche Arbeiterretter Knoll aus Mainz hat, nachdem er, als der eigentliche Einbrecher der Einbrecher, durch die Frage, wer ihm den Auftrag zur Einbrecherung der christlichen Bauhandwerkerverfassung gegeben, die Sache herabgelassen. Herr Knoll sagte: „Ich habe den Auftrag in einer laienhaften Männervereinsversammlung (offizielle Zentrumorganisation) erhalten.“ Auf die weitere Frage, ob es Bauarbeiter gewesen seien, antwortete Herr K. nur zu antworten: „Das ist es nicht“;

es kann wohl sein! Herr K. hätte noch vielleicht hinzufügen können — aber auch er als „eblicher“ christlicher Arbeiter, Führer! — mußte dies nicht — Bauarbeiter waren es nicht, aber Bauunternehmer können es gewesen sein, denn deren Einfluß soll an dieser Stelle in Wingen nicht gering sein. Nur begreift man schließlich auch: 1. weshalb die Kolere zu der Versammlung kommandiert worden, 2. warum die Söhne der Unternehmer handgelenkter beieinander haben und 3. weshalb schließlich die Unternehmer in der christlichen Versammlung selbst freier spendierten. Man sieht, diese Herren Bauunternehmer haben sich sehr gut auf die Verfestigung ihrer Interessen verstanden. Die christlichen Führer merkten dieses nicht, sie sind alle „ehrenhaften“ Männer: Grafenberger, Weder, Knoll und andere. Berrat war das nicht in Wingen — eine „christliche“ Ehrenpflicht wurde erfüllt!

Nachdem es so in aller Deutlichkeit gelungen ist, durch eibliche Aussagen des Herrn Knoll vor Gericht festzustellen, daß die christliche Bewegung von der Bauunternehmern protegiert worden ist, um sich vor der Lohnbewegung unseres Verbandes zu retten, bleibt das Flugwunder dieser Handlung für die christliche Organisation bestehen. Die Unternehmer haben die christliche Organisation benutzt, um für ihre Interessen zu wirken. Dies ist durch die Zersplitterung der Bewegung vollkommen gelungen. Vom Standpunkt der Arbeiterbewegung bezeichnet man eine solche Handlungsweise als gemeinen Arbeiterverrat. Die christlichen Führer Knoll, Weder und besonders Grafenberger leugnen und bestreiten einen Verat. Nehmen wir an, es hätte eine bewusste Absicht nicht vorgelegen, dann bleibt ihnen der Vorwurf der Gleichgültigkeit, Indifferenz und Kurzsichtigkeit nicht erspart. Ein Beweis der Unfähigkeit ist dann geliefert, der um so mehr Veranlassung geben muß, jenen Agitatoren gegenüber Vorsicht zu üben und ihnen möglichst das Handwerk zu legen.

Auch im oberpfälzischen Bezirk sind wir im letzten Jahre recht entschieden vorwärts gekommen, besonders im Zweigereinsgebiet Gießen, Wehlar. Der Wehlarer Streik wurde nach dreieinhalbwöchiger Dauer siegreich beendet und brachte 6 bis 7 % Lohnsteigerung. In Lich und Lollar kam es zu einer Einigung nicht; die Unternehmer heinzelten aber 3 bis 4 % Lohnsteigerung, womit sich die Kollegen zufriedengaben. Der Alsfelder Streik ist eine echt „christliche“ Leistung, ein vollendeter Beweis tatsächlicher Unfähigkeit und Ungeschicklichkeit. Den besten Beweis liefert dafür die „Baugewerkschaft“ in Nr. 51, worin die Abrechnung des christlichen Verbandes vom ersten Halbjahr veröffentlicht wird. In der Abrechnung ist zwar eine Ausgabe für Alsfeld von 700 bezeichnet, aber eine Einnahme hatte Alsfeld nicht. Der dortige christliche Zweigereins hatte sich also vor seiner Gründung wieder aufgelöst, die Mitglieder hatten das Beitragsgeld verloren. Im Alsfeld ist über die Weilburger Lohnbewegung zu berichten. Trotz der sehr schlechten Verhältnisse sollte es den Kollegen an Mut und Einigkeit, insbesondere der Organisation, an Kraft zur Bewältigung dieses Zustandes. Mit einigen Pfennigen ließen sich die Kollegen in diesem Jahre abspenken. Erfolgreicher haben, im Gegensatz zu den Weilburger, die Kollegen in Wubach-Gambach die Organisationsweise benutzt. In drei Jahren sind die Löhne um 10 bis 12 % pro Stunde gestiegen, und die Arbeitszeit ist um eine Stunde gekürzt worden. Die Lohnsteigerung im letzten Jahre betrug 6 %; sie wurde nach einem vierwöchigen Streik errungen.

Die Kollegen im Zweigereinsgebiet Wiesbaden blieben verhältnismäßig sehr ruhig; vom Standpunkt der Arbeiterbewegung gewiß keine lobenswerte Eigenschaft. Etwas belebend wirkte nur der Rüdelsheimer Streik. Die Kollegen in Rüdelsheim-Giesenheim befechteten damit endlich die elfstündige Arbeitszeit und erhöhten den Lohn von 37 bis 38 % auf 42 %. Die Unternehmer in Giesenheim waren vernünftig genug, die Notwendigkeit dieser Maßregel einzusehen und machten das Zugeständnis freiwillig. In Rüdelsheim dagegen mußten einige Wochen die Kräfte gemessen werden, um die Unternehmer durch die Macht der Organisation von der Notwendigkeit zu überzeugen. Außer den erwähnten Orten gelang es noch im Monat Oktober in Eltville teilweise 2 % Lohnsteigerung durchzusetzen; die Einführung der neunstündigen Arbeitszeit wurde in Langenschaalbach endlich in diesem Jahre erreicht.

Das Resultat der diesjährigen Lohnbewegung ist wie folgt zu bewerten: Mit der Ausbreitung und Erstärkung der Organisation wachsen auch deren Erfolge. Und ein weiteres Moment, was nicht unerwähnt bleiben soll, auch den Unternehmern gegenüber haben wir an Achtung und Einfluß bedeutend gewonnen. Mühen wir früher in fast allen Orten selbst um die beabsichtigten Forderungen streiten, so ergibt die Bewegung im Berichtsjahr, daß bereits in einer großen Anzahl Orte die Unternehmer die Berechtigung unserer Forderungen anerkennen und auf eine gütliche Vereinbarung hinarbeiten. Ob sich diese Entwicklung weiter vollzieht, muß abgewartet werden; hier gilt der Grundsatz für die Organisation: wer den Frieden will, muß auch Kriege rufen.

Korporative Arbeitsverträge haben bis zum Jahre 1904 eine nur ganz bescheidene Bedeutung im Bau gehabt. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse wurden mit wenigen Ausnahmen nach den Arbeitsgebern einfach festgesetzt. Nur für eine kurze Zeit bestanden früher Arbeitsverträge in Frankfurt und Wiesbaden, von längerer Dauer war nur der Mainzer Vertrag. Wie bereits erwähnt, ist dieser Wandel der letzten Jahre der Erstärkung der Organisation zu danken. Lieber den Wert und die Bedeutung der Verträge läßt sich gewiß streiten, aber in Orten mit unregelmäßigem Lohn- und Arbeitsverhältnissen werden sie immer fortgeschritten. Selbst dort, wo Verträge recht schlanke Bestimmungen enthalten, sind diese in der Praxis mit normaler Geschäftlichkeit überwindbar. Wir sind weit entfernt, die im Mitteldeutschen Arbeitgeberverband organisierten Bauunternehmer als Hermslo zu betrachten, im Gegenteil: wir halten sie in ihrer Organisation für gefährlich; aber das kann und nicht abweisen, zu erklären, daß die Unternehmerorganisation bemüht gewesen ist, den Vertrag zu halten und durchzuführen. Verschlungen einzelner Mitglieder dieses Verbandes sind vorgekommen, aber das

1. April 1907 bis 1. Mai 1908 52 3 Stundenlohn bei neun-einhalbständiger Arbeitszeit. Ferner hatten die Unternehmern sich bereit erklärt, unseren Verband anzuerkennen. Diese Vereinbarung wurde von der Versammlung mit großer Majorität angenommen. Somit ist unser Lohnsatz auf zwei Jahre abgeschlossen. Dann wurde von den Kartelldelegierten beantragt, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern; dieses wurde aber von der Versammlung abgelehnt. Zum Flugblattverbreiten meldeten sich die Kollegen freiwillig. Zum Schluß wurde noch beschlossen, daß erkrankte Mitglieder sich innerhalb acht Tage beim Vorsitzenden zu melden haben.

Brandenburg a. d. S. In der am 11. März hier abgehaltenen Mitgliederversammlung erstatteten nach Erledigung anderer Angelegenheiten die Delegierten des Zweigvereins Bericht von der am 4. März abgehaltenen Gaukonferenz. Hierbei wurde von den Delegierten erwähnt, daß sie bei der Wahl der Vorsitzenden und der Kommissionsmitglieder das Gefühl gehabt hätten, als wenn die Wahl der einzelnen Kollegen hierzu schon vorher beschlossene Sache war, indem man Delegierte vorschlug, die gar noch nicht anwesend waren. Sehr große Arbeit und Mühe seien sich der Gauvorstand mit den Anträgen gemacht zu haben; er habe sie in zwei Kategorien eingeteilt: die ersten, den Gau betreffend, wurden wenigstens von den Antragstellern begründet, die folgenden, nach der Erklärung des Vorsitzenden, daß sie nur Berlin betreffen, gar nicht diskutiert. In der Versammlung war man nun einmütig der Ansicht, daß über diese Anträge gründlich hätte diskutiert werden müssen, um endlich Klarheit zu schaffen, da sich doch auf dem vorjährigen Verbandstag der Verbandsvorstand über dieselben Anträge folgendermaßen ausließ: „Diese Anträge sind den meisten Delegierten nicht verständlich, weil sie speziell nur den Gau Berlin betreffen.“ Jetzt, da nur Vertreter von Zweigvereinen des Gaues anwesend waren, schien man anderer Meinung zu sein: man vernahm die Antragsteller wieder an den Verbandstag (wo sich ja dann vielleicht das Obengefagte wiederholen kann). Von der Versammlung wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige Mitgliederversammlung verurteilt es, daß entschieden die einstimmige Stellungnahme des Gau- und Hauptvorstandes auf der Gaukonferenz zu Gunsten der Großstädte (speziell Berlin). Die Versammlung wünscht, daß beide Formationen mehr als bisher die Interessen der kleineren Zweigvereine vertreten.“

Saße a. d. S. Am 4. d. M. fand unsere Mitgliederversammlung statt. Zunächst erstattete der Vorsitzende den Kassenbericht vom vierten Quartal und den Jahresbericht von 1905. Hervorgehoben ist aus dem Bericht, daß die Jahresertrags- und -ausgaben der Hauptkasse mit 789,35 Mark betrugen. Die Kasse hatte eine Einnahme infolge Bestand von 386,71, der eine Ausgabe von 170,24 gegenübersteht. Bestand somit 166,47. Die Mitgliederzahl stieg erfreulicherweise wieder auf 87 am Jahresanfang. Infolge des falschen Veranlassungsbuches sind einige Kollegen mit ihren Beiträgen im Rückstand geblieben. Besonders aber mit ihren Beiträgen am Orte selbst (Wismar u. a.). Diese Sammelgelder wird recht bescheiden. Um diese Flautezeit aus der Welt zu schaffen, werden den Kollegen von jetzt ab Stempel in die Mitgliedsbücher gedrückt. Einige Bautenkontrollen wurden im Jahre vorgenommen, über die wir schon früher berichteten. Kassenrevisions wurden vom Vorstande und den Revisoren viermal ausgeführt. Auf Antrag der Revisoren wurde der Gesamtvorstand entlassen. Zum ersten Vorsitzenden wurde Kollege Karl Ritter durch Stimmzettel einstimmig wiedergewählt. Eine rege Debatte zeitigte die Wahl eines ersten Kassierers; denn von sämtlichen vorgeschlagenen Kollegen fand sich keiner bereit, das Amt anzunehmen. Auf Antrag Ritters wurde dem Kollegen Ritter dieses Amt mit übertragen. Die übrigen Mitglieder des Vorstandes und die Revisoren wurden per Akklamation gewählt. In „Verschiedenes“ führte Kollege Ritter an, daß einige hiesige Unternehmer mit Lohnverhinderungen vorgehen; der Unternehmer Riedmann hat sogar seinen Maurern anstatt 39 3/4 nur 30 3/4 Stundenlohn ausbezahlt. Hieran können sich aber die Kollegen nur selbst die Schuld beimeßen; denn die Unternehmer wissen genau, wie es jetzt in unseren Versammlungen aussieht. Nach einem warmen Appell an die Anwesenden, überall, besonders auf den Bauten, für unsere Sache zu agitieren, schloß der Vorsitzende die leidlich beschlossene Versammlung.

Gleimitz. Dienstag, den 6. März, tagte in der „Hoffnung“ eine öffentliche Mitgliederversammlung, die leidlich gut besucht war. Den Bericht über die Gaukonferenz erstattete Kollege Sedert, der hervorhob, daß ihn die Konferenz nicht befriedigt habe, da alles überhastet worden sei. Eine Reihe zahlreicher feiner überhaupt nicht dazu gekommen, ihre Wünsche vorzubringen. Die Forderung des Kollegen Jakob, daß die Extrazustimmungsfassungen beseitigt würden, habe allseitige Zustimmung gefunden. Weiter habe der Hauptvorstand seine Zustimmung gegeben, daß die schwächeren Zahlstellen von der Hauptkasse unterstützt würden. In der Diskussion trug Kollege Bachmann, daß die auswärtigen Kollegen ihre Beiträge nicht in Gleimitz bezahlten, sondern da, wo sie niedriger sind. Dann wurde ein Antrag angenommen, der bestimmt, daß alle Kollegen, die in den beitragsfreien Monaten die Mitgliedschaft erwerben, den 10. 3. Weitag zum Monatslohn zu zahlen haben, und daß diejenigen Gleimitzer Kollegen, die bei Eintritt der beitragsfreien Zeit noch kein Jahr Mitglied sind, volle 13 Wochen, respektive bis zu dem Zeitpunkt zu bezahlen haben, an dem ihre Mitgliedschaft die Jahresdauer erreicht hat.

Godwig (Anhalt). Am 10. März fand hier selbst eine Mitgliederversammlung statt. Der Gauvorsteher, Kollege Koch, war dazu erschienen, um wegen des Ausschusses eines Mitgliedes persönlich an Ort und Stelle Erkundigungen einzulieben. Da hier fortgesetzt Streit wegen des Lohnes der Zementmaurer herrscht, wird ein pro circa 1 1/2 Jahren gefasster Beschluß, wonach sie 35 3/4 pro Stunde erhalten müssen, erneuert. Ein Antrag, Anhesörner aus der Versammlung auszuweisen, wurde angenommen. Der Verein der Maurer und Berufsleute hat sich aufgelöst; die Mitglieder sind dem Zentralverband beigetreten, das Inventar, Bibliothek und Vermögen geht in den Besitz des Zweigvereins über. Das Vermögen von 169,60 wird zur

Unterstützung von kranken Kollegen verwendet. Sie müssen am 1. Januar 1908 entweder dem Zentralverband oder dem Verein der Maurer und Berufsleute angehört haben. Das Gewerkschaftsamt erläßt einen Aufruf zum Sammeln eines Krankenhausfonds. Es wurde eine Fünfer-Kommission dazu gewählt. Ferner sollte zum 1. Mai Stellung genommen werden. Der Punkt wurde auf die Tagesordnung zur nächsten Versammlung gesetzt. Der Vorsitzende erludte die Kollegen zur nächsten Versammlung, schon des letzten Punktes wegen, recht zahlreich zu erscheinen.

Glogau. Donnerstag, den 6. März, tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung, die wegen der wichtigen Tagesordnung kurz besucht war. Die Lohnkommission erstattete Bericht über die Verhandlungen mit den Unternehmern. Unsere Forderung lautete auf 42 3/4, und die Unternehmer boten 38 3/4 bei zweijähriger Vertragsdauer. Nach reger Diskussion wurde folgende Resolution angenommen: „Die Mitgliederversammlung nimmt Kenntnis von den Verhandlungen und spricht ihr Bedauern aus, daß die Unternehmer nur 38 3/4 bewilligen wollen. Da dieser Lohn den heutigen Verhältnissen nicht entspricht, verpflichtet die heutige Versammlung die Lohnkommission, weitere Verhandlungen anzubahnen, und zwar auf der Basis, daß für dieses Jahr 40 3/4 und für nächstes Jahr 42 3/4 festgesetzt werden.“

Gründau. Als erfolgreicher Denunziant hat sich der christliche Agitator B. Hjalte aus Gr.-Normors, Flucht 14, bewährt. Hjalte, der schon im vorigen Jahre einige Gastrollen in Joppat, Königberg und Bromberg als Agitator des christlichen Bauhandwerkerverbandes gegeben hat, aber nirgend Erfolg erzielen konnte, war im letzten Herbst in Gr.-Normors bei Gründau angelangt. In diesem Dorfe hat er sich häuslich niedergelassen, wahrhaftig in der Voraussetzung, daß sein Kohl dort besser gedeiht als in den Städten. Es ist ihm auch schon ein sogenannter christlicher Verein in diesem Dorfe entstanden. Um nun auch den Gründauer Kollegen — welche alle im Zentralverband der Maurer Deutschlands organisiert sind — den richtigen Begriff von seiner Wirksamkeit zu geben, war er Sonntag, den 25. Februar, in Al.-Sibau beim Gastwirt Pünplum, wo unsere Kollegen, die in Gründau Mitglieder sind, eine Versprechung abließen, erschienen. Unsere Mitglieder, die Hjalte als christlichen Agitator kannten, ihn aber noch nicht als Denunziant kennen gelernt hatten, gewährten ihm Gastfreundschaft. Besser hätten sie getan, wenn sie ihm gezeigt hätten, wo der Zimmermann das Loch gelassen hat. Diese Gutmütigkeit unserer Mitglieder hat Hjalte ausgenutzt und sie wegen einer nicht angemeldeten Versammlung beim Landrat denunziert. Somit hat Hjalte unsere Mitglieder in Al.-Sibau gezeigt, auf welchem Gebiete er zu Hause ist und am besten Erfolge zu erzielen versteht. Und solche Geister saßen den Arbeitern noch vor, daß sie und ihre Organisation auch die Interessen der Arbeiter wahren wollen.

Grosz-Norsen. Sonntag, den 11. März, tagte hier eine gut besuchte öffentliche Maurer- und Zimmererversammlung, die sich mit der Lohnfrage beschäftigte. Aus dem Bericht der Lohnkommission ging hervor, daß der Stundenlohn am 1. Januar n. J. von 35 auf 37 3/4 von den Unternehmern erhöht und die zehnstündige Arbeitszeit eingeführt werden soll. 1908 und 1909 wollen die Unternehmer 38 3/4 zahlen. Gefordert werden 40 3/4 und zehnstündige Arbeitszeit ab 1. April 1908. Nach längerer Diskussion wurde das Angebot einstimmig abgelehnt und die Lohnkommission beauftragt, nochmals eine Unterhandlung bei den Unternehmern nachzusuchen. Unter „Verschiedenes“ wies der Gauleiter, Kollege Rühel-Rübel, in längeren Ausführungen auf die Arbeiterpresse hin. Er tabelte die Interesslosigkeit der Kollegen und forderte sie auf, sich mehr als bisher um ihre Angelegenheiten zu kümmern.

Enden. Am 2. März fand in Borkum eine öffentliche Maurer- und Zimmererversammlung statt, zu der auch die Meister eingeladen und erschienen waren. Zunächst hielt Kollege Wum einen Vortrag über die Zustände, wie sie vor der Organisation vorhanden waren und wie sie sich nach Einführung des Verbandes gestaltet haben. Durch die Organisation sei schon manches Gute für die Kollegen geschaffen worden, es würde sich auch noch mehr schaffen lassen, wenn die Kollegen immer auf dem Boden seien. Auch für die Kollegen in Borkum wäre es Zeit, daß sie sich der Organisation anschließen, um zunächst mal die Klassenlinie zu befestigen und einen einheitlichen Stundenlohn dafür einzuführen. Aber auch für die Beirungung der armen Mitglieder auf den Bauten müßte Sorge getragen werden. Die Gerüste seien oftmals sehr schlecht und entsprächen keineswegs den Unfallverhütungsvorschriften. Baubuden seien überhaupt nicht vorhanden, und wenn man einen finde, so diene sie mehr zur Aufbewahrung von Material als zum Unterschlupf für die Arbeiter. Aber jetzt, bei der Organisationslosigkeit, für die Beirungung dieser Mithände eintrete, werde gewährleistet, wie dies dem Kollegen Ohling passierte. Es ist jetzt die beste Zeit, hier andere Zustände zu schaffen, weil augenblicklich die Bautätigkeit hier sehr gut sei. Aus diesen Gründen müßten sich alle Kollegen der Organisation anschließen und unausgesezt für sie agitieren.

Holtensau. Der hiesige Zweigverein hielt am 7. März seine regelmäßige gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Die an dem Stierischen Bau hergehenden Mithände wurden geschildert. Die Baubude wurde mit dem Titel „Schweinestall“ belegt. Zement und sonstiges Baumaterial wird in der Frühstücksbude gelagert. Der dazugehörige Koffer fungierende Kollege Otto wurde aufgefordert, sofort Abhilfe zu schaffen. Von Riel war ein Schreiben eingegangen, in dem der Zweigverein Holtensau aufgefordert wird, sich mit Riel zu einem Zweigverein zu verschmelzen; dies wurde von den Kollegen entschieden zurückgewiesen. Eine Besprechung wegen der Meister wurde auf die nächste Versammlung zurückgelegt. Vom Vorsitzenden wurde der Versammlung der Vorladung gemacht, sich mit sämtlichen Gewerkschaften Holtensaus in Verbindung zu setzen zwecks Gründung eines Gewerkschaftsartikels. Es wurden drei Mann gewählt, die die nötigen Vorarbeiten zu erledigen haben. Die mangelhafte Protokollführung des früheren Schriftführers wurde von der Versammlung getadelt.

Kascha. Unsere am 4. März abgehaltene außerordentliche Versammlung war zahlreich besucht, galt es doch in

dieser Versammlung, die zehnstündige Arbeitszeit vom 1. April ab einzuführen. Es waren hierzu auch die organisierten und die nichtorganisierten Maurer und Zimmerer eingeladen. Sämtliche Kollegen, die sich zum Worte meldeten, traten mit aller Energie für die zehnstündige Arbeitszeit ein, ebenso die Kollegen vom Verband der Zimmerer. Nach längerer Debatte wurde einstimmig beschlossen, die Arbeitszeit von elf auf zehn Stunden herabzusetzen. Dieser Beschluß soll am 18. März durch die Lohnkommission den Unternehmern unterbreitet werden, um der Versammlung desselben Tages Bericht zu erstatten. Die Unternehmer sollen sich ausgiebig haben, den vereinbarten Lohnsatz, wonach vom 1. April ab der Stundenlohn um 2 3/4 erhöht wird, nicht innewahnen. Die Lohnkommission soll auch in dieser Hinsicht mit vorstellig werden. Der Vorsitzende sowie noch einige Kollegen ermahnten die Versammlung, alle Mann für Mann zusammenzuhalten. Wie im Kahlauer „Kageblatt“ vom 8. März zu lesen war, haben sich die Unternehmer in Kahlau und in dem Nachbardorf Lößlich zu einem Bund vereinigt. In der Befestigung des Submissionswunsches sind sich die Herren nicht immer so einig; bloß wenn es gilt, ihren Arbeitern schroff entgegenzutreten, schließen sie sich zu einem Bund zusammen. Kahlau und Dorf Lößlich ein Arbeitgeberbund! Es ist zum Lachen. Die Versammlungen finden jetzt stets im „Rosengarten“ statt.

Aulmbach. Am 4. März tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung, die leider, wie gewöhnlich, schlecht besucht war. Trotzdem die Aulmbacher Kollegen allen Grund hätten, auf dem Posten zu sein, hatten sie es nicht der Mühe wert, die Versammlungen zu besuchen. Der Vorsitzende wies unter anderem darauf hin, daß sich das Bau-delegiertenwesen fast beseitigt hat, und forderte die Kollegen auf, dieses System ebenfalls einzuführen. Es wurden dann auch zwei Kollegen als Baudelegierte gewählt. Ferner gab der Vorsitzende ein Schreiben des Gauvorstandes bekannt, in dem auf ein im März vom Hauptvorstand zur Ausgabe gelangendes Flugblatt hingewiesen wurde. Es meldeten sich erfreulicherweise sämtliche anwesenden Kollegen freiwillig zur Verteilung desselben. Es wurde dann beschlossen, am 25. März eine allgemeine Bauarbeiterversammlung abzuhalten, in der Kollege Rühel-Nürnberg als Referent anwesend sein soll. Der Vorsitzende ermahnte die Kollegen zur kräftigen Agitation und zum fleißigeren Besuch der Versammlungen und schloß darauf die Versammlung.

Leipzig. Die Nummer 11 des „Grundstein“ enthält einen Versammlungsbericht aus Taucha. Danach soll die Versammlung dagegen protestiert haben, daß den Gauvorstehenden jener Gehalt wird, der vom letzten Verbandstag als angemessen betrachtet wurde. Sollte dies auf Wahrheit beruhen, so wäre nur zu bedauern, daß diese Kollegen unfähig sind, die Arbeiten der Gauvorstehenden zu beurteilen und zu bewerten. Der Gehalt des Gauvorstehenden betrug bisher 1.100. Eine ganze Anzahl Maurer, die als Gleisleger oder als Bahnpolier usw. beschäftigt sind, haben ein um einige hundert Mark höheres Einkommen und arbeiten nur neun Stunden pro Tag, während wir von früh bis spät in die Nacht hinein beschäftigt sind; oder will jemand behaupten, es sei nicht so? Nun möge man meinen Hinweis auf die Löhne der Gleisleger usw. nicht falsch auslegen. Daß den Tauchaer Versammlungsbesuchern die Neuwahl des Gauvorstandes sowie die Gehaltsüberhöhung so wichtig erscheint, um diese Punkte in Zukunft auf der Konferenz zuerst zu behandeln, zeugt von großer Unkenntnis in der Behandlung von Versammlungsfragen. Daß erst der bisherige Vorstand seinen Bericht erstattet haben muß, ehe eine Neuwahl vorgenommen werden kann, leuchtet den Kollegen wohl nicht ein. In Zukunft werden wir uns, wohl nach der Intelligenz in Taucha richten, und das Pferd beim Schwänze aufklimmen. In dieser Versammlung hat auch ein Kollege angefragt, ob die vom Gauvorstand gehaltenen Referate aus den einzelnen Mitgliedschaften noch bezahlt werden; in Erstgig seien 25 bezahlt worden. Eine Antwort auf diese Frage hat der Vertrauensmann nicht gegeben. Da im Bericht auf diese Frage jede Antwort fehlt, so muß jeder Leser den Verdacht schöpfen, irgend ein Mitglied des Gauvorstandes habe sich das Geld geben lassen. Es dürfte den guten Leuten in Taucha zu raten sein, sich in solchen Dingen recht klar auszudrücken, damit durch ihre Ungeklärtheit nicht noch Leute zu Unrecht verdächtigt werden. Was nun die Vemertung betrifft, daß in Wahren ein Bau nicht gesperrt worden sei, so ist festzustellen, daß dem Leipziger Vertrauensmann diese Sache unbekannt ist; auch hier dürfte wieder geklärt worden sein. Weiter wollen wir aber noch bemerken, daß wir durch unsere Sperren bei nur zwei Unternehmern 1.000 Arbeitslohn gerettet haben, während die Tauchaer, die sich in der Sperre Gehälter so unolidarisch benahmen (siehe Versammlungsbericht aus Taucha „Grundstein“ Nr. 6), zu verzeichnen haben, daß der Kollege Wedek sein Lohn heute noch nicht erhalten hat. G. Jacob.

Lüchow. Nach langer Mühe und Arbeit ist es uns endlich gelungen, für die Kollegen von Lüchow und Umgegend einen Zweigverein zu gründen. Schon vor Jahren bemühte man sich nach Lüchow, die Kollegen für den Verband zu gewinnen, doch scheiterte unser Bemühen stets an der Interesslosigkeit der Kollegen. Sie meinten immer, das habe für sie ja doch keinen Zweck. Die Zeit hat es gelehrt, daß es doch Zweck hat; jetzt, wo die Preise für Lebensmittel ungeheuer gestiegen sind, wo sich überhaupt der ganze Lebensunterhalt gegen früher erheblich verteuert hat, ist man zur Einsicht gelangt, daß Abhilfe geschaffen werden müsse. Auf eine Anregung einiger organisierter Kollegen war der Gauvorsitzende Kollege Rober erschienen, um in einer gut besuchten Versammlung am 11. März einen Vortrag über Nutzen und Zweck der Organisation zu halten. Großer Beifall wurde ihm zu teil. Es wurde lobend die Gründung eines Zweigvereins vorgenommen. Zu den sechs organisierten Kollegen kamen noch 13 Mitglieder hinzu, so daß eine Gesamtmitgliederzahl von 19 erreicht wurde. Es ist dies eine für den Anfang ganz annehmbare Zahl, doch ist noch vieles zu tun, um auch den letzten Mann der Organisation zuzuführen. Es muß stets das Bestreben aller Kollegen sein, die Sache des Verbandes zu fördern und nicht wieder nachzulassen, damit auch die noch fernstehenden Kollegen einsehen, daß nur ein geschlossenes Vorgehen für uns von Nutzen ist. Sodann wurde

zur Wahl des Vorstandes geschritten. Es wurde als erster Vorsitzender Herr Teichmann, als erster Kassierer Ernst Künzel gewählt. Die Versammlung wurde mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

Memorandum I. Schl. Sonntag, den 4. März, hielt der hiesige Zweigverein eine Mitgliederversammlung ab mit der Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Die diesjährige Agitation. 3. Bericht des Kassierers. Als Referent war Kollege John aus Breslau erschienen, der den Kollegen nochmals den Lohn- und Arbeitsvertrag von 1806/07 bekannt gab. In seinen Ausführungen wies er u. a. besonders darauf hin, daß es für unseren Zweigverein von großen Nutzen ist, daß es zu einem derartigen Vertrage kam und die Meister die Organisation anerkannten. Im zweiten Punkt „Agitation“ gab der Vorsitzende, Kollege Meitke, bekannt, daß im Laufe des Monats eine Hausagitation stattfinden soll, an der sich die Kollegen zahlreich beteiligen möchten. Da wir in unserem Kreise noch ein großes Stück Land urbar zu machen hätten. Zur Teilnahme an der Hausagitation wurde der Kollege Waldbach gewählt. Mit einem Hoch auf den Zentralverband wurde die Versammlung geschlossen.

Münchberg-Guth. Am 31. Januar hielt der hiesige Zweigverein seine ordentliche Generalversammlung ab, die ausnehmbar besucht war. Der Vorsitzende, Kollege Umhey, gab den Bericht über das verfloßene Geschäftsjahr. Der sehr eingehenden Darlegung ist zu entnehmen, daß sich viele Unternehmer nicht an den abgeschlossenen Tarif gewöhnen wollten. Da der Kassierer nicht zugegen sein konnte, so gab Kollege Umhey auch den Kassenbericht für das vierte Quartal 1905. Die Einnahme der Hauptkasse betrug M. 8338,29, die Ausgabe M. 6872,10, es bleibt ein Bestand von M. 1466,19. Die Einnahme der Lokalkasse betrug M. 4287,27, die Ausgabe M. 2271,91, so daß ein Kassenbestand von M. 1965,36 verbleibt. Die Jahresabnahme für die Hauptkasse betrug M. 25315,80. Die Jahresabnahme der Lokalkasse betrug M. 9759,11, die Ausgabe M. 7793,75, somit ist ein Kassenbestand von M. 1965,36 vorhanden, wovon M. 1848 bei der städtischen Sparkasse belegt sind. Ferner ist noch ein Bestand von dem früheren Lokalfonds im Betrage von M. 668,72 vorhanden. Das Andenken der im Berichtsjahre verstorbenen 19 Kollegen wurde durch Erheben von den Eigen gelehrt. Hierauf erstattete Kollege Weinke den Bericht der Revisionen und bestätigte, daß Kasse und Bücher stets in Ordnung vorgefunden wurden. Er beantragte, dem Zweigvereinsvorstande die Rechnung zu erteilen. Der Antrag wurde angenommen. Zur Neuwahl der Verwaltung war ein vom Kollegen Meitke bereits in einer erweiterten Vorstandssitzung gestellter und angenommener Antrag zur Beschlußfassung vorgelegt, der besagte, daß der Zweigvereinsvorstand nun ein Kassierer sein solle. Nach kurzer Diskussion wurde der Antrag angenommen. Bei der Wahl wurde Kollege Umhey wieder als Kassierer gewählt. Eine ziemlich Anzahl Anträge lagen noch vor, die teils der Verwaltung zur Würdigung überwießen, teils angenommen wurden, zwei wurden abgelehnt. Bei der Wahl der weiteren Verwaltungsmitglieder wurde als erster Vorsitzender Kollege Liban Engelhardt gewählt, der aber ebenso wie der als Schriftführer gewählte Kollege und zwei von den Revisionen die Wahl ablehnte. Kollege Engelhardt begründete das mit den ersten Zeiten, denen man entgegen gehe und denen er nicht gewachsen sei. Wegen vorgerückter Zeit und wegen der ziemlichen Kälte, die im Saale herrschte, wurde beschlossen, die Ergänzungswahlen in einer weiteren Fortsetzung der Generalversammlung, die am 7. Februar im „Saal West“ tagen soll, vorzunehmen. Ebenso wurde eine Resolution, betreffend die Kassierer, einstimmig angenommen.

Am 7. Februar tagte nun die Fortsetzung der Generalversammlung, die vom Kollegen U. h. h. eröffnet wurde. Als erster Punkt war die Wahl eines ersten Vorsitzenden, des Schriftführers und zweier Revisionen vorzunehmen. Nacheinander wurde Kollege Johann Bieglar zum ersten Vorsitzenden, Johann Kitz zum Schriftführer und die Kollegen Weinke und Bar als Revisionen gewählt. Sodann wurde über einen eingegangenen Antrag verhandelt, der dahin lautet, daß in Zukunft alle Hilfskassierer ihre Vergütung für die Kolportage stehen lassen müssen, bis sie die Summe der im Sommer in einer Woche vereinnahmten Gelder erreicht hat. Diese Gelder bleiben dann als Kautions so lange stehen, wie der Kollege das Amt bekleidet. Nach kurzer Diskussion wurde der Antrag mit Majorität angenommen. Wegen Vergehen gegen die Interessen des Verbandes wurde nach langer Diskussion der Kollege Georg Wertz nach § 37 b des Statuts ausgeschlossen. Kollege Umhey gab noch das Treiben eines fragwürdigen Individuums Namens Lindner bekannt, der nicht einmal Maurer ist, aber trotzdem, von anarchofalschischer Seite inspiriert, versucht, Unstetigkeit unter die Kollegen zu bringen, indem er eine freie Vereinigung der Maurer gründen will. Kollege Umhey empfiehlt Wachsamkeit auf den Bäumen, damit ihm rechtlich sein vorverkauft Handwerk gelegt werden kann. Kollege Umhey ermahnte die neuergewählten Verwaltungsmitglieder, sich ihrer Aufgabe bewußt zu sein, und forderte die Mitglieder auf, die neue Zweigvereinsverwaltung nach allen Richtungen hin und mit besten Kräften zu unterstützen; denn nur dann würde es möglich sein, das Ziel zu erreichen, wenn wir samt und sonders zusammenarbeiten. Ferner forderte er die Kollegen auf, sich auch vollständig zu organisieren und Abkennern der „Praktischen Tagespost“ zu werden. Wenn jeder auch auf diesem Gebiet seine Schuldigkeit tue, dann könnte von einer guten Maurerorganisation geredet werden. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Über die Bemerkungen des in dem Bericht genannten Lindner wird noch geschrieben: Hier tritt gegenwärtig ein Individuum namens Hans Lindner in unsern Kreis. Sein Plan ist, hier eine „freie Vereinigung“ zu gründen. Es dürfte sich empfehlen, gleich von vornherein ein Charakterbild von diesem fauberen Mäulerchen zu geben, damit alle Kollegen sein Vergehen nach dem wahren Wert schätzen können. Was er eigentlich ist, darüber herrscht völlige Dunkel. Früher war er im Metallarbeiterverband, später bei den Bauhilfsarbeitern; zuletzt hatte er ein Versehen zu danken, daß er Mitglied unseres Verbandes wurde. In Münchberg fungierte er plötzlich als Maurer. Sein unsolidarisches Verhalten machte ihn auf den Bauteil Münchberg bald zu einer höchst unzulässigen Person, mit der niemand mehr gern arbeitete, zumal auch seine handwerkliche Tüchtigkeit so bedärfte war (weil er eben gar kein Maurer ist), daß Konflikte mit den Vätern deswegen aus der Tagesordnung waren. Nun ging natürlich die Rede los. Wie ein Rohrspatz weiterete er über die Zentralorganisationen

Maurer und deren Führer, die er durchweg Streikbrecher und Demunzianten nannte. Die hiesigen Führer der Maurer und Bauarbeiter erwiderten seinen feinen Angriff; denn sie hielten solch Zudindum eben nicht der Beachtung wert. Dadurch vermehrte sich freilich nur seine Wut; er ließ keine Ruhe und drohte, wenn man ihm kein Ohr schenke, dann wolle er seine Beschwerden bei dem Vorsitzenden des christlichen Verbandes anbringen. Das tat er aber nicht; vielmehr fand er noch zwei gleichgesinnte Seelen, die ihm in allem ebenbürtig sind. Mit diesen zusammen gab er ein Flugblatt heraus, in dem er zur Gründung einer „freien Vereinigung“ aufforderte. Auch eine „öffentliche Versammlung“ hielt der saubere Herr ab. Es waren jedoch keine Geschäfte zu machen; die ganze Strecke betrug zwei oder drei Gelächter, die zu Linde passen wie die Faust aufs Auge. Auch in Zukunft werden wir schon dafür sorgen, daß Lindners Schimpfungen nicht in den Himmel schallen.

Missa. Sonntag, den 4. März, tagte hier eine Mitgliederversammlung. Auf Antrag des Vertrauensmannes wurden die Kollegen Thiemer, Strebla und Rohle-Wöbda wegen großer Verfehle gegen die Verbandsinteressen ausgeschlossen. Weiter wurde einstimmig beschlossen, vom 1. April ab einen Lokalaufschlag von 10 % pro Woche zu erheben; die „Grundstein“ marke soll von da ab in Wegfall kommen. Das Gewerkschaftsstatut hatte die Verwaltung hiesiger Zahlstelle erzußt, die Maurer möchten sich dem Statut wieder anschließen. Dies macht sich aus verschiedenen wichtigen Gründen auch nötig. Es wurde beschlossen, wieder beizutreten, jedoch nur unter der Bedingung, daß das Gewerkschaftsstatut seine Störungen in Zukunft nicht mehr im Restaurant „Zum Vergleiser“ abbitt. Der dort vorgenannte Restaurant, „Genosse“ Mohr, will sein Lokal nicht mehr zu politischen Versammlungen zur Verfügung stellen; nur Gewerkschaften können noch bei ihm verkehren. Wir sind der Meinung, wenn er das eine nicht will, soll er das andere nicht haben. Als Delegierte zum Statut wurden die Kollegen Nothe, Werner, Wende, Bräuner, Dietrich und Richter gewählt. Weiter wurde eine Ergänzungswahl der Lohnkommission vorgenommen. Der Vertrauensmann forderte die Kollegen dringend auf, das Baudelegiertenwesen in diesem Jahre besser und ergatter zu handhaben als bisher. Genosse Drescher hielt dann noch einen längeren Vortrag. Er entlegte sich seiner Aufgabe in treffender und aufrechterstellender Weise. Mögen die anwesenden Kollegen das vom Referenten bezeugte beherzigen, so wird es auch bei uns immer besser vorwärts gehen.

Nothsch. Nach mehrjähriger Pause wurde hier am 18. Februar wieder eine Mitgliederversammlung abgehalten, die sich mit der Wahl eines Vorstandes und Aufnahme neuer Mitglieder befaßte. Die Mitgliederzahl, die vor sechs Jahren 80 betrug, war bis auf 15 gesunken. In der am 4. März hier abgehaltenen zweiten Versammlung konnten wir konstatieren, daß sich die Kollegen wieder einigermaßen besonnen haben. Die Mitgliederzahl ist jetzt auf 60 gesunken. Kollege Wisbar aus Wittenberg gab als Delegierter den Bericht von der Konferenz in Ultenburg. Er verband es, durch einen Vortrag die heutige Lage des Arbeiters gegenüber der des Unternehmers in treffender Weise darzulegen. Da dieser Vortrag, der den Kollegen zu Herzen ging, nicht auf schlechten Boden gefallen ist, zeigte der große Beifall, den der Redner erhielt. In „Verchiedenes“ erfuhr Genosse die Kollegen, kräftig für die Organisation mit einzutreten, um die noch fehlenden Kollegen mit hereinzuholen. Die sehr gut besuchte Versammlung wurde mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf den Zentralverband der Maurer Deutschlands geschlossen.

Feitmann. Der hiesige Zweigverein hielt Sonntag, den 11. März, eine Mitgliederversammlung ab, die von circa 25 Kollegen besucht war. Kollege Stehle aus Sengen referierte über Nutzen und Zweck der Organisation. Er verstand es, in dreizehntägiger Rede den Kollegen darzulegen, daß nur durch Einheit und zielbewusstes Zusammenhalten etwas erreicht werden könne. Zum Schluß forderte er alle der Organisation noch fernstehenden Kollegen auf, dem Verbands beizutreten, die organisierten Kollegen aber ermunterte er zu lätiger Agitation. Reicher Beifall wurde dem Redner zu teil. In bezug auf die Lohnbewegung einigte man sich dahin, daß eine fünfgliedrige Kommission die Vorarbeiten zur Einreichung von Forderungen erledigen soll. Die Kommission wurde sofort gewählt. Der Zweigvereinsvorstand schloß unter herzlichem Worten des Dankes an alle Anwesenden die Versammlung.

Tiffit. Die hiesigen Maurerpoliere hatten am 11. März eine Versammlung einberufen, um sich als lokale Streikbrecherorganisation dem christlichen Bauhandwerkerverbande anzuschließen. Zu dieser Versammlung hatten sich etwa hundert Mitglieder des Zentralverbandes eingefunden. Die Versammlung wurde durch den Gründer des Streikbrecherverbandes, den Maurerpolier Freilich eröffnet. Als sich hierauf unter Kollege Stengele zum Worte meldete, wurde ihm dieses nicht nur nicht gestattet, sondern es wurde ihm auch von Freilich das Lokal verweigert. Infolge des eigenartigen Vorgehens des Oberstreikbrechers kam es zu heftigen Auseinandersetzungen, die schließlich dazu führten, daß die Versammlung in tumultuärer Weise auseinanderging, ohne daß die Poliere ihren Zweck erreicht hatten. Wie eine hiesige Zeitung in einem Artikel zu Gunsten der Poliere geführt Bericht mitteilt, sind die Streikbrecher alias Poliere später nach einem anderen Lokale gezogen und haben dort, dem Anschlag an die große Zentralstreikbrecherorganisation, genannt Verband „Christlicher Bauhandwerker“, vollzogen.

Artbees. Sonntag, den 4. März, tagte die regelmäßige Mitgliederversammlung des hiesigen Zweigvereins, die zahlreich besucht war. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurden die im Streit 1905 ausgeschlossenen Kollegen wieder aufgenommen; mehrere bisher unorganisierte gewesene Kollegen ließen sich ebenfalls aufnehmen. Dann verlas der Vorsitzende, Kollege Kollmorgen, die eingelaufenen Briefe und Karten. In bezug auf ein Schreiben vom Gaupstand in Lübeck, eine Agitation nach Sülze zu unternehmen, wurde beschlossen, die Kollegen Heitmann und Herrn. Timm zu beauftragen, diese Agitation auszuführen. Bezüglich der Feier eines Stützfestes wurde beschlossen, dasselbe so lange aufzuschieben, bis über die Frage wegen Uebertragung der Polizeistunde beim Silberfestern eine endgültige Gerichtsentscheidung erfolgt ist. Im Punkt „Ver-

chiedenes“ wurde die Einführung des Baudelegiertenwesens sowie die Anschaffung eines Verbandsstempels und -Stillschließers beschlossen. Der Vorstand beauftragt, Delegiertenstempel und -Stempel beim Hauptverband zu beschaffen. Da in der hiesigen Fabrik für Baudelegiertenwesen zwei unorganisierte Maurer beschäftigt sind, die sich weigern, dem Verbands beizutreten, wurde beschlossen, auf den Bauten, zu welchen die betreffende Fabrik die Baudelegation liefern hat, nicht zu arbeiten. Es wurde ein Komitee gewählt, das beauftragt wurde, die beiden Maurermeister hiervon in Kenntnis zu setzen. Zum Schluß wurde das Andenken des verstorbenen Kollegen Heinrich Rohle in der üblichen Weise geehrt. Hierauf schloß der Vorsitzende mit einem dreifachen Hoch auf den Zentralverband der Maurer Deutschlands die Versammlung.

Wilhelmshaven. (Habsbericht.) Das Jahr 1905 brachte für das Baugewerbe im hiesigen Arbeitsbezirk wiederum eine flotte Bautätigkeit. Die Mitgliederzahl des Zweigvereins war denn auch in diesem Jahr etwas höher; sie betrug im Durchschnitt 535 gegen 527 im Vorjahr. Neu aufgenommen wurden 160 Mitglieder. Der Verbandsbeitrag betrug pro Mitglied und Woche 80 %; für Kolportage und Arbeitersekretariat waren monatlich 20 % zu entrichten. Das Finanzwesen der Lokalkasse gestaltete sich folgendermaßen: Einnahme inf. Bestand M. 11 635, Ausgabe M. 4837,24, Kassenbestand M. 6797,76.

An außerordentlichen Ausgaben waren zu verzeichnen: M. 1000 für die streikenden Bergarbeiter, M. 72 für die russischen Arbeiter, M. 200 für unsere Bibliothek. Beitragsrückständige Mitglieder hatten wir am Schluß des Jahres sechs zu verzeichnen, und zwar zwei mit zwei Wochen, drei mit drei Wochen und ein mit fünf Wochen. Wenn dieses auch kein ungünstiges Resultat ist, so muß doch darauf hingewirkt werden, daß kein einziger Rückstand zu verzeichnen ist. Dieses einigermaßen günstige Resultat ist aber bloß auf unsere energische Hausagitation zurückzuführen.

Seine Arbeiten erledigte der Zweigverein in 25 regelmäßigen, 5 außerordentlichen Mitgliederversammlungen, 22 Baudelegiertenversammlungen und 25 Vorstandssitzungen. Der Besuch der Versammlungen stellte sich auf 80—70 p. H. der Mitgliederzahl. Hier sehen wir, daß ein Teil der Mitglieder es nicht für nötig hält, die Versammlungen zu besuchen; daher auch öfter das Arbeiten der Mitglieder gegen die Beschlässe der Organisation. Kommen dann solche Vergehen in den Versammlungen zur Sprache, dann heißt es: „Das habe ich nicht gewußt!“ Da es aber Pflicht eines jeden Mitgliedes ist, sich um die Beschlässe der Organisation zu kümmern, kann auch hier Unwissenheit nicht vorgeschützt werden, um der Strafe zu entgehen. Es mußten denn auch fünf Kollegen ausgeschlossen werden. Die Mitglieder mögen auf den Versammlungsbefuch ein wachsam Auge haben; denn eine der vornehmsten Aufgaben ist für uns der regelmäßige Versammlungsbefuch. In den Versammlungen werden die Prinzipien der Organisation klar und festgelegt. Ein Kollege, der jederzeit die Versammlungen besucht, kann mit den Beschlässen der Organisation gar nicht in Konflikt geraten. Bei den Baudelegiertenversammlungen ist daselbst Verhältnis zu verzeichnen. Zu bemerken ist jedoch, daß überall da, wo die Delegierten nachlässig waren, die größten Mißstände herrschten. Da nun unser Delegierten-system mit dem Bauarbeitersystem in engsten Zusammenhange steht, ist es eine unserer ersten Aufgaben, dafür Sorge zu tragen, daß im Jahr 1906 sämtliche Bauten durch Delegierte vertreten sind. Zum Bauarbeitersystem selbst ist zu bemerken, daß hier Bauteilkontrollen angelegt sind. Wenn wir auch in Vant (Oldenburger Gebiet) mit dem Kontrollen zufrieden sein können, so sind in Wilhelmshaven (preussisches Gebiet) hingegen die trüffsten Mißstände zu verzeichnen. Ob es daran liegt, daß der auf oldenburgischem Gebiet angestellte Kontrollen aus Arbeiterkreisen herbeigekommen und Fachmann ist, während die Stelle auf preussischem Gebiet von einem Polizisten besetzt wird, kann jeder selbst beurteilen.

Die Lohn- und Arbeitsbedingungen für den hiesigen Arbeitsbezirk wurden 1903 vor dem Eingangsamt hierseits festgelegt. Der Vertrag gilt bis 1. April 1906. Die neunstündige Arbeitszeit und der Stundenlohn von 80 % konnte erst am 1. April 1905 zur Geltung kommen. Wir konnten also annehmen, daß wir auf Grund des Vertrages Nutzen haben würden. Wir sollten uns aber getäuscht haben. Schon 1904 teilte uns der Arbeitgeberverband (schriftlich) mit, daß er ein Bureau, verbunden mit einem Arbeitsnachweis, eingerichtet hätte. Wir reagierten gar nicht darauf, sondern glaubten am Anfang des Jahres 1905, weil man von dem Arbeitsnachweis nichts mehr hörte noch sah, die Unternehmer würden davon Abstand genommen haben. Wir hielten uns aber geteilt. Bald traf folgendes Schreiben ein:

An den Vorstand des Zentralverbandes der Maurer, Ortsverband Wilhelmshaven,
H. S. des Herrn Maurers Krug in Vant.

Der unterzeichnete Arbeitgeberverband hat in seiner gestrigen Versammlung beschlossen, mit den Organisationen der Arbeitnehmer über die Anerkennung unseres unparteilichen Arbeitsnachweises zu verhandeln; und ist Termin hierzu auf Dienstag, den 14. d. M., in der Lage hierseits angesetzt worden. Sie werden ersucht, in dieser Versammlung, in welcher der Arbeitgeberverband durch seinen Vorstand vertreten sein wird, persönlich zu erscheinen oder für geeignete Vertretung Sorge zu tragen.

Ergebenst
Der Arbeitgeberverband Wilhelmshaven-Münsteringen.

In dieser Sitzung waren beiderseitig Vertreter sämtlicher Organisationen im Baugewerbe vorhanden. Die Arbeiter standen auf dem Standpunkt, daß der unparteiliche Arbeitsnachweis nicht anzuerkennen sei, da er sich bloß zu einem Maßregelungsbureau gestalten würde. Wenn etwas geschaffen werden sollte, dann wäre ein parteilicher Arbeitsnachweis anzugehen. Die Unternehmer aber wollten davon nichts wissen; es wäre Verbandsbeschluß für das untere Wasser- und Eisenbau, den unparteilichen Arbeitsnachweis ihrerseits überall einzuführen, und wenn wir nicht wollten, müßten sie es auf einen Kampf ankommen lassen. Es kam aber nicht dazu, weil den Arbeitern das Objekt fernem Kampf weiter erschien. Der unparteiliche Arbeitsnachweis der Unternehmer ist also ein

geführt worden. Zu bemerken ist jedoch, daß sich heute wieder die Unternehmer noch die Arbeiter darum noch kümmern. Kaum war diese Sache zu Ende, ging es wieder von neuem los. Diesmal wollten die Unternehmer die Vesperpaufe abschaffen. Die Unternehmer behaupteten, bei den Verhandlungen vor dem Einigungsamt 1903 habe unter damaligen Vorständen, Brüggemann, gesagt, wenn die neunstündige Arbeitszeit festgelegt werde, lasse sich über die Vesperpaufe reden. Da ich bei den Verhandlungen vor dem Einigungsamt als Vertreter mit fungiert habe, konnte ich dies entschieden zurückweisen. Wohl hatte Brüggemann im Restaurant, während der Schiedspruch gefällt wurde, auf Befragen eines Unternehmers eine derartige Äußerung getan. Welche Organisation legt aber Gewicht auf Privatgespräche? Die Unternehmer aber meinten, sie hätten dies damals in ihrer Versammlung betont; sie glaubten auch, nur auf Grund dieses sei damals die neunstündige Arbeitszeit bewilligt worden.

Die Arbeiterorganisationen beschloßen selbstredend, die Vesperpaufe beizubehalten. Während dieser Zeit erschien im Wilhelmshavener „Kugelblatt“ ein Artikel, worin es hieß, daß die Unternehmer in ihrer Versammlung beschloßen hätten, wenn die Arbeiter die Vesperpaufe nicht fallen lassen würden, dann würde ihrerseits die neunstündige Arbeitszeit und die entsprechende Lohnerhöhung zum 1. April nicht eingeführt werden. Da der 1. April in diese Woche fiel, mußten wir sehr schnellst Anstalten treffen, um die Unternehmer an ihrem Vorhaben zu hindern. In einer zu diesem Zweck anberaumten Sitzung wurden die Unternehmer darauf aufmerksam gemacht, daß sie nicht berechtigt waren, auf eine solche Art und Weise vorzugehen. Der Vorabend der Unternehmer versprach uns denn auch, dies verhindern zu wollen. Sonnabends wurde jedoch festgestellt, daß sich doch drei Unternehmer dies zu nutze gemacht hätten. Sie mußten aber später nachgeben. In einer späteren Sitzung erklärten die Unternehmer auf unser Verlangen, daß der betreffende Artikel nicht von ihnen veranlaßt worden sei. Zu einer Verständigung kam es aber nicht. Weiteres Verhandeln war zwecklos, denn die Unternehmer gingen von ihrem Standpunkt nicht ab; ihr letztes Wort war, wenn die Vesperpaufe nicht fällt, wird die neunstündige Arbeitszeit und die Lohnerhöhung nicht durchgeführt. In unserer darauf folgenden Versammlung kam es zu einer lebhaften Debatte nach der Verdrängung. Ein Teil unserer Mitglieder wollte unbedingt in einen Streit eintreten. Über als man sich endlich die Frage vorlegte, ob es sich wirklich lohnte, in einen Streit einzutreten, bekam die Sache ein ganz anderes Aussehen. In einer ganzen Reihe von Jahren haben wir stets Differenzen wegen der Vesperpaufe gehabt. Die deshalb verhängten Bußstrafen sind stets im Sand verlaufen, die Interessiertheit der Kollegen in dieser Sache wurde von Jahr zu Jahr, so daß ein Teil der Kollegen überhaupt nicht mehr besperrte. Einem anderen Teil war es gleichgültig, ob die Pause fiel oder nicht. Bei dieser Sachlage haben wir dann die Pause fallen lassen. Zu bemerken ist hierzu, daß die Interessiertheit an der Vesperpaufe nicht aus den letzten Jahren herrührt, sondern schon vor mehr als zehn Jahren ihren Ursprung hat. Es war ein Ding der Unmöglichkeit, die Pause wieder einheitlich einzuführen. Das haben die Unternehmer sehr gut gewußt.

Nun hätten ja die Unternehmer eigentlich fast sein können. Es ging auch wirklich drei Monate gut, und es wurde vielfach auch weiter gut gegangen, wenn nicht die Bauführer mit einer auswärtigen Betonfirma (Baumholz & Co.) in Differenzen wegen des Lohnes geraten wären. Die genannte Firma hatte an dem hiesigen Kasernenbauten die Betonarbeiten auszuführen. Diese Arbeiter wurden bisher von den Unternehmern als Bauarbeit bezahlt (50 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn). Die Firma bezahlte aber nur 40 $\frac{1}{2}$, daher die Differenz. Da die hiesigen Unternehmer stets von uns verlangt hatten, die auswärtigen Firmen zur Zahlung der hier üblichen Löhne anzuhalten, wurde denn auch von den Bauarbeitern unter Zustimmung des Arbeitgeberverbandes über die Arbeiten der Firma B. & C. die Sperre verhängt. Ein paar Tage darauf schrieb der Arbeitgeberverband an die Bauarbeiter: „Die Firma B. & C. ist seit längerem unserem Verbande angeschlossen, und müssen wir denn auch für sie eintreten. Also nehmen Sie die Arbeit erst wieder auf, und zwar unter der in diesem Frühjahr aufgestellten Lohnerhöhung von 2 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ Vergütung; weiter soll eine Sitzung stattfinden, in welcher festgelegt werden soll, ob Betonarbeit Bauarbeit ist.“ Die Bauarbeiter gingen aber darauf nicht ein. Sie meinten, die Unternehmer hätten früher wissen können, ob die Firma ihrer Organisation angehöre, dann wären die Verhandlungen anders gekommen, jedenfalls hätten die Unternehmer einen großen Teil Schuld mit, daß die Firma gesperrt sei; auch seien die Bauarbeiter davon überzeugt, daß die Arbeit Bauarbeit sei. Wenn die Unternehmer einmal ihre Friedensliebe betätigen wollten, dann könnten sie es in diesem Falle tun, weil sie die Sperre veranlaßt hätten; sie müßten also die Differenz auf dem schnellsten Wege beseitigen helfen, und zwar die die Sperre aufgehoben würde. Aber es sollte anders kommen. Den Bauarbeitern wurde das Ultimatum gestellt, bis 6. Juli die Sperre aufzuheben, widrigenfalls sämtliche Bauarbeiter im hiesigen Lohngebiet ausgesperrt werden würden. Die Sperre wurde von den Bauarbeitern nicht aufgehoben; die Aussperrung wurde also perfekt. Im selben Tage bekamen die Zimmerer und wir ein Schreiben vom Arbeitgeberverband, in dem wir aufgefordert wurden, unseren Einfluß auf die „vertragsbrüchigen“ Bauarbeiter auszuüben, damit sie wieder auf den neutralen Boden zurückkehren.

Wenn die Unternehmer vor der Aussperrung die Zimmerer und uns zu einer gemeinschaftlichen Sitzung mit den Bauarbeitern einladen hätten, um über diese Angelegenheit zu beraten, dann hätte dies dem Vertragsverhältnis entsprochen. Aber, da durch die Aussperrung 400 Maurer auf die Straße geworfen worden waren, sah unsere Organisation und auch die der Zimmerer eher den Vertragsbruch auf Seiten der Unternehmer. Es ist ihnen denn auch eine diesbezügliche Antwort geworden. Durch das formwidernde Drangsalieren der Unternehmer war aber bei unseren Kollegen das Maß zum Überlaufen voll geworden. Es wurde in einer Versammlung beschlossen, Entschädigung in Form einer Lohnerhöhung zu verlangen. Da uns unser Verbandsvorstand aber hierzu die Genehmigung verweigerte und die höhere Zustimmung ebenso entfiel, war auch

der dritte Akt erledigt. Am 1. Oktober war die Kündigungzeit unseres Vertrages. Da sagten wir uns, unter dieser Nichtbeachtung hieß keinen Vertrag mehr. Aber die Lebensmittelerhöhung zwingt uns dazu, unsere Löhne zu verbessern. Aus diesen Gründen wurde der Vertrag gekündigt, der am 1. April d. J. abläuft. Darauf ließ am 28. Oktober folgendes Schreiben ein:

An den Verband der Maurer, z. B. des Herrn Krug.

Auf Grund der von Ihnen eingereichten Kündigung des zur Zeit bestehenden Lohnvertrages ersuchen wir Sie, uns mitzuteilen, wie Sie sich im Zukunft die Neugestaltung der Arbeitsverträge denken.

Arbeitsgeberverband Wilhelmshavener-Mitarbeiter.

J. A.: Joh. Tagel.

Auf diese Frage wird wohl niemand eine andere Antwort finden, als die, die wir dem Arbeitgeberverband gaben. Sie lautet:

„Die Grundlage der zukünftigen Arbeitsverträge ist vor

allen Dingen die Zuneigung derselben. Das ist freierweise bei dem jetzt bestehenden nicht der Fall gewesen; wir ersuchen Sie, uns eine Gewährung zu bieten, daß Sie die zukünftigen Arbeitsverträge auch halten wollen; denn wir schließen nur zu dem Zweck Verträge ab, um den Frieden im Arbeitsverhältnis zu festigen.“

Damit ging das Jahr 1905 zu Ende. Das Vorgehen der Unternehmer beweist uns aber sehr drastisch, daß man sich da, wo Arbeitsverträge abgeschlossen sind, nicht auf die faule Ehrenhaut legen darf, sondern es lehrte uns, daß der, der Frieden halten will, für den Kampf gerüstet sein muß. Und wir können wohl sagen, daß der Arbeitgeber in seinem Gegner gerüstet gegenübersteht, um jeden weiteren Schlag zu parieren. Die Agitation zur Umwandlung neuer Mitarbeiter ist hier nie vernachlässigt worden; sie wird auch im Jahre 1906 weiterbetrieben werden, um die Organisation zu einer anerkannten Macht zu gestalten. Erfülle daher jeder seine ihm auferlegte Pflicht, dann werden wir bald das Licht der Freiheit in der Ferne erblicken.

Mittendrin. Dienstag, den 6. März, tagte hier die regelmäßige Mitgliederversammlung, die erfreulicherweise einmal gut besucht war. Der Vorsitzende eröffnete zunächst den Bericht von der Gaukonferenz, den die Kollegen mit der größten Aufmerksamkeit entgegennahmen. Der Obmann der Lohnkommission, Kollege Karl Schmitt, gab bekannt, daß am 1. März der Arbeitsvertrag abgelaufen war. Die Lohnkommission hatte mit den Unternehmern eine Sitzung gehabt, zwecks Festlegung eines neuen Vertrages. Die Unternehmer hätten aber rundweg erklärt, keinen Deut bewilligen zu wollen. Dies müßte die Kollegen anspornen, besser als dem Vorgesetzten zu sein und besser die Versammlungen zu besuchen, damit bei einer günstigen Gelegenheit dem probigen Unternehmern die gebührende Antwort gegeben werden könne. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten ermahnte der Vorsitzende die Kollegen, sich zahlreich an der Flugblattverbreitung am 25. März zu beteiligen und mehr die Arbeiterpresse, die „Brandenburger Zeitung“, zu unterstützen. Hierauf folgte Schluß der gut verlaufenen Versammlung um 11 Uhr.

Vegefac. Am 14. März fand bei Schäfer eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, die trotz des schlechten Wetters gut besucht war. Zunächst gab der Vorsitzende bekannt, daß die Maurer von Vegefac und Umgebung in der Wahl von Baudelegierten sehr flau sind, waren doch bei 86 Unternehmern nur 18 Delegierte gewählt. Die Kollegen wurden verpflichtet, sofort auf allen Bauten die Bäume vorzunehmen und alle 14 Tage die Bäume zu revidieren. Etwasige Wipstände sind, falls sie sich nicht sofort abschaffen lassen, in der allmonatlichen Baudelegiertenversammlung vorzubringen. Den Kartellbericht gab Kollege W. Er berichtete, daß im Kartell beschlossen sei, hierüber selbstredend eines Arbeiters freizugeben. Der Kartellbericht fand die Zustimmung zu einer Erhöhung der Kartellbeiträge zu dieser nächsten Sache. Die Stellungnahme zur Meister wurde verlesen. Kollege W. ersuchte die Versammlung, einmal Stellung zu nehmen zu einer eventuellen Erhebung eines Zuschlagbeitrags, damit, falls wir einmal in die Lage kommen, uns den 81 d zu nütze machen können. Auch sonst sei es nötig, auf eine starke Lokalkasse zu halten, damit man nicht bei jeder Kleinigkeit die Kasse leeren muß. Hiergegen erhob sich kein Widerspruch. Es wurden drei Kollegen bestimmt, die gemeinsam mit dem Vorstand bis zu einer nächsten Versammlung geeignete Vorschläge auszubereiten haben. Unser Kassierer gab bekannt, daß der Unternehmer Lehmann immer mehr Kollegen nach Vegefac durch die Zeitung sucht, davon aber nur eine ganz minimale Zahl einstellt. Man wird für die Zukunft auf dies Gebaren ein nachsames Auge haben. Der Vorsitzende gab bekannt, daß die Bauarbeiter in eine Lohnbewegung eintreten wollen. Auf Grund der Kritik der letzten Wahlvereinsversammlung stellte ein Kollege den Antrag, unsere Versammlung nicht mehr in der gegenwärtigen Weise bekannt zu geben, sondern unter Parteioberleitung nur zu unterstützen. Nach der Auforderung, die Versammlungen fleißig zu besuchen, erfolgte Schluß der Versammlung.

Sittau. Sonntag, den 4. März, fand in Niederbreitbach am Saitenwald eine öffentliche Maurerverversammlung statt. Als Referent war Kollege Landau als Gewähr erschienen, der über: „Unternehmerorganisation“ und die Macht der Arbeiter“ referierte. Der Vortrag wurde sehr fleißig aufgenommen. Der Referent führte die den Kollegen vor Augen, zu welcher Macht unser Verband herangewachsen ist, und schloß mit einem Appell an die Kollegen, für die Organisation tüchtig zu agitieren, damit auch in Grotzschau und Umgebung bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erreicht werden können. Die Versammlung beschloß sich hierauf eingehend mit der Aufstellung von Lohnforderungen, die den Unternehmern aufgestellt werden sollen. Nach langer Debatte wurde die Forderung von 30 Stundenlohn für die Arbeitszeit soll zehn Stunden betragen, und zwar von 6 Uhr früh bis 6 Uhr Abends. Dagegen eine halbe Stunde Frühstück, eine Stunde Mittag- und eine halbe Stunde Vesperpause. Der Lohn soll 35 $\frac{1}{2}$ pro Stunde betragen. Überstunden sind fünfzig zu verrechnen; sind aber solche erforderlich, so sind für Überstunden und Nacharbeit 10 $\frac{1}{2}$ Zuschlag, für Feuer-, Wasser- und Sonntagsarbeit 16 $\frac{1}{2}$ Zuschlag zu bezahlen. Der Lohn

ist vor Feierabend auf der Baustelle auszugeben. Die Kündigungsfrist ist aufgehoben. Wird ein Arbeiter entlassen, so sind ihm Papiere und der Lohn sofort einzuhändigen. Die Affordarbeit ist zu beiseite. Maßregelung wegen Zugehörigkeit zur Organisation darf nicht stattfinden. Dann wurde eine Lohnkommission gewählt. Erschienen waren aus Grotzschau und Sittau über 50 Kollegen. Am 23. Januar haben die Sittauer Kollegen ebenfalls ihre Forderungen aufgestellt und sie inwieweit den Unternehmern unterbreitet. Antwort haben sie bis heute noch nicht erhalten. Die Sittauer Kollegen, die bisher einen Lohn von 28 $\frac{1}{2}$ erhielten, sind nicht länger gewillt, für diesen erbärmlichen Lohn zu frönen. In letzter Zeit sind sie sehr mürrisch gewesen, so daß der größte Teil organisiert ist. In nächster Zeit wird eine Versammlung einberufen werden, die zu weiteren Maßnahmen Stellung nehmen soll. Die Sittauer Kollegen sind ebenfalls nicht gewillt, auf ihren Lorbeer zu sitzen. Am 8. Februar wurde an den Arbeitgeberverband die Anfrage gerichtet, ob er gewillt sei, über die Lohnfrage zu unterhandeln. Am 5. Februar wurde die Lohnkommission vom Arbeitgeberverband ersucht, nähere Angaben zu machen. Es wurde unterjenseits ein Tarif ausgearbeitet, wonach für 1906 38 $\frac{1}{2}$, für 1907 40 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn bei zehnstündiger Arbeitszeit verlangt werden, Überstunden und Nacharbeit sollen mit 10 $\frac{1}{2}$ Wasser- und Feuerarbeit mit 15 $\frac{1}{2}$ und Sonntagsarbeit mit 20 $\frac{1}{2}$ mehr bezahlt werden. Außerdem wurde noch Aufhebung der Kündigung und der Affordarbeit, Regelung des Lohnauszahlens und Anerkennung der Organisation gefordert. Die Lohnkommission wurde hierauf vom Arbeitgeberverband aufgefordert, sich zwecks einer gegenseitigen Aussprache am 22. Februar in den „Drei Kronen“ einzufinden. Der Arbeitgeberverband hat einen Vertrag ausgearbeitet, der für uns unannehmbar ist. Der Lohn soll danach bis 1908 35 $\frac{1}{2}$ pro Stunde betragen. Auch eine famose Leistungsmaße fehlt nicht. Ein Maurer soll täglich 1000 Stück Ziegel bei einer Mauerstärke von einem Stein stark und darüber vermauern usw. Wer alle die im Vertrage festgelegten Leistungen nicht vollbringt, soll nach Belieben entlohnt werden. Die Organisation wird anerkannt. Die Lohnkommission schied hierauf, dem Wunsch der Unternehmer entsprechend, die Forderungen in geänderter Form ein, worauf erneut verhandelt werden soll. Doch ist die Möglichkeit vorhanden, daß es nicht mehr dazu kommt. Weitere Schritte wird die nächste Versammlung beschließen.

Zentralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einheit.)

In der Woche vom 11. bis 17. März sind folgende Beträge eingegangen: Von der brüchigen Verwaltung in Berlin M. 8000, Breslau 400, Wiershof 200, Neuzelle 100, Bromberg 100, Neuenhagen 100, Wittkau 100, Neudietendorf 100, Altendruslar 70. Summa M. 4170.

Zufüsse erhielten: Witten i. Westf. 200, Geusnig 150, Schierheim 100, Oberau 100, Essen (Ruhr) 100, Zinnenhausen 50. Summa M. 700.

Aktion, den 17. März 1906.

Karl Meiß, Kassierere, Wilhelmstr. 57.

Berlin. Sonntag, den 15. März, fand im „Gewerkschaftshaus“ eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, die sich mit dem Beschluß der letzten Versammlung befaßte. Zunächst wurde beantragt, den Beschluß aus formalen Gründen aufzuheben und in eine neue Diskussion einzutreten. Die Abstimmung ergab die Annahme des Antrages. Der Anführer war nicht erschienen. Nun schiederte der Vorsitzende den Hergang der Sache, wodurch er sich hatte hinreichend lassen, solche klare Ausdrücke zu gebrauchen. Er behauptete, daß sie gefallen sind und nahm sie zurück. Einige Redner meinten, wenn Willkür dies gleich in der vorigen Versammlung getan hätte, dann wäre sicherlich die letzte nicht nötig geworden. Die Mehrheit der Redner bestand aus Neuparl, während ein kleiner Teil nachzuweisen suchte, daß nach dem Statut und auch nach dem Gültigkeitsbereich es nicht zulässig sei, eine Neuwahl vorzunehmen. Die Debatte war sehr erregt und lang, da sich viele Redner beteiligten. Auch wurde beantragt: Die heutige Mitgliederversammlung der Zentralkrankenkasse der Maurer beschließt, den Kollegen Willkür seines Postens zu erheben und erucht den Hauptvorstand, dem Verlangen der Filiale Berlin Rechnung zu tragen.“ Auf Verlangen wurde auch das Schriftstück vom Hauptvorstand verlesen. Zuletzt wurde dem Vorsitzenden Willkür wegen dieser Sache eine Rüge erteilt.

Vom Bau.

Anfälle, Arbeiterschuß, Submmissionen etc.

(Die Zweigvereinsvorstände werden dringend ersucht, über alle in ihrem Bezirk bekannt werdenden Anfälle, mit kurzer Erklärung der Verhältnisse und der überhöhten Folgen, umgehend an den Grundstein zu berichten. Ebenfalls über die aus Unfällen resultierenden Gerichtsverhandlungen, sowie über den Verlauf von Arbeiterkassendestimmungen und über Submissionsergebnisse.)

Cassel. Das Wetter am 9. März hat einen besagenden Baustillstand im Gefolge gehabt. Auf einem Neubau an der Wilsdorfstraße wurde am 8. März Morgens um 10 Uhr ein Brand ausbrach. Die Arbeiter hatten auf eine Balkenlage und diese brach in die Tiefe, wobei mehrere Arbeiter, die unter der Balkenlage arbeiteten, mit in den Keller hinabgerissen wurden. Ein 17-jähriger, vom Ehepaar gebürtiger Maurerlehrling erlitt so schwere Verletzungen, daß er nach wenigen Minuten verstarb. Der Polier und zwei weitere Arbeiter erlitten bei dem Sturz leichte Verletzungen. Wie uns mitgeteilt wird, ist das Unglück dadurch so folgenschwer geworden, weil die Vorderwand, infolge eines hierorts leider häufig gewordenen Brandes, noch feucht, während die übrigen Mauern schon um 1 $\frac{1}{2}$ bis 2 Stöße höher gemauert waren. Infolgedessen stand der Brandbalken an einem Stöße 3 $\frac{1}{2}$ m hoch ganz frei, so daß der Wind leichtes Spiel hatte. Ferner soll die provisorische Stützung der Wände der vollenbetonierten Vorderwand so schwach gewesen sein, daß sie unter der Last der stützenden Steine abbrach und dadurch die Balken mit hinabgerissen wurden, dann die Arbeiter trafen. Die Balken gingen auch noch bis durch die Mittelwand, wodurch das Hinabstürzen noch mehr erleichtert wurde.

Cassel. Freitag, den 10. März, waren in dem Neubau des Bauunternehmens Damm in Bettenhausen zwei Kollegen mit Legen von Treppentritten beschäftigt, als plötzlich die Betonabdeckung des Treppenhafens zusammenstürzte, die beiden Maurer unter sich begrub. Während Rother mit geringen Verletzungen davonkam, erlitt Georg Oppermann einen doppelten Armbruch und schwere innere Verletzungen, die eine Heilung nach dem Krankenhaus nötig machten.

Cunnersdorf. Mittwoch, den 14. März, erlitt der Arbeiter Fischer beim Ausladen einer Fuhrer-Röhre am Bau des Unternehmens Geinr. Hoffmann einen Beinbruch. Unrichtige Handhabung der Gerüststufen durch seinen Arbeitskollegen war schuld daran. — Am Bau Joggala, Unternehmer de Salonde & Schmidt, führte die zu schmale Röhre zu schwerem Unglück. Der Maurer G. Mengel trat beim Einsetzen eines Fensters im Treppenhause und stürzte auf der zweiten Etage in den Hofraum hinab, sich schwere innere und äußere Verletzungen zugefügend.

Essen. Am 12. März stürzte der Maurer Schöpfer vom Dachstuhl eines Neubaus so unglücklich herab, daß sein Tod nach 48 Stunden eintrat. Der Bau wird ausgeführt von dem Bauphilanten und Mäzenaten des Zentrumsfabrikanten Carl Götte. Die Schutzvorrichtungen am Neubau waren äußerst mangelhaft und lassen sich heute noch viel zu wünschen übrig. Uns wundern solche Missetaten nicht, denn die von Götte mit Vorliebe beschäftigten christlichen Maurer wachen mit Argwohn darüber, daß kein Zentralverband für sie „einschleichen“ kann. Der Bauarbeiterverband ist für die Missetaten dafür um so überflüssiger.

Gr.-Westen. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich Sonnabend, den 10. März, auf der Ziegelei Neumärker bei dem Abbruch eines alten Kriegerdenkmals. Dort waren die Arbeiter mit dem Abtragen und Wegschaffen der alten Materialien beschäftigt, als plötzlich das Gewölbe einstürzte und die Arbeiter mit in die Tiefe riß. Drei Arbeiter wurden verletzt unter den Trümmern hervorgeholt. Verwundete wurden sofort ins Krankenhaus gebracht. Der Arbeiter Budack wurde nach dem Kreis-Krankenhaus überführt, werden die beiden anderen konnten sich in ihre Wohnungen begeben. Der Einsturz war deshalb erfolgt, weil man die Widerlagsträger zu weit freigelegt hatte. Wenn die Schuld hieran trifft, wird die nähere Untersuchung ergeben. Die Arbeit wird von der Ziegeleiverwaltung ausgeführt.

* Baueinsturz vor Gericht. Vor der Strafkammer zu Heidelberg hatten sich wegen Vergehens gegen § 330 des Reichs-Strafgesetzbuchs der Maurermeister Eugen Nipperger, Holzer Eugen Welle, Architekt Spatz und vier Maurer zu verantworten. Am 9. November vorigen Jahres stürzte in der Mörserstraße in Heidelberg eine Scheuer und Stallung im Rohbau ein. Die Ursache des Zusammensturzes wurde in der mangelhaften und vorläufigen Ausführung des Aufbaues der Eisdämmung und der vorläufigen Ausführung der darauf ruhenden Mauernwerke gefunden, die dem Grunde der darauf ruhenden Konstruktion nicht stand halten konnten. Wegen dieser fehlerhaften Konstruktion wurden der bauleitende Architekt sowie die ausführenden Maurer verantwortlich gemacht. Der Staatsanwalt beantragte die Verurteilung sämtlicher Angeklagten, die Verteidiger beantragten Freisprechung, da den Angeklagten nach den gegebenen Verhältnissen eine schuldvolle Unterlassung nicht nachgewiesen sei. Der Gerichtshof verurteilte sämtliche Angeklagten zu je 15 Geldstrafe, die Angeklagten Nipperger und Eugen Welle zu je 14 Tagen Gefängnis und den angeklagten Architekten zu 100 Geldstrafe. Die strafbare Aufstellung der anerkannten Regeln der Baukunst wurden bei sämtlichen Angeklagten bestritten. Als die Hauptschuldigen mußten die Angeklagten Nipperger und Eugen Welle betrachtet werden, da sie als unmittelbare Aufsichtspersonen trotz der durch die unfachgemäße Ausführung drohenden erheblichen Gefährdung für Menschen und Sachen nicht für eine pflichtgemäße Bauausführung Sorge getragen haben.

Ans anderen Berufen.

* Die Abrechnung der Generalkommission für das Jahr 1905 wird im Korrespondenzblatt bekannt gegeben. Die Einnahmen betragen infolge eines Rosenfestes 200 Mk. 128 494,22 Mk. 334 083,63. Die Beiträge der Verbände betragen allein 183 670,71 Mk. 9150,78 wurden durch den Schriftleiter eingenommen. Die Ausgaben betragen 181 497,91, so daß ein Bestand von 202 555,72 verbleibt. Von den Ausgaben entfallen 33 755,58 auf Agitation, und zwar wurden u. a. aufgewandt für Ost- und Westreisen und Reisen 11 000, für Oberdeutschland 6266, für Rheinland und Westfalen 4160, für Ost- und Westreisen und das Saargebiet 6500, für sonstige Agitation noch 2464,56. Hier sind die Kosten der verschiedenen von der Generalkommission unterhaltenen Arbeitersektariate mit eingebracht. Das „Korrespondenzblatt“ kostete 32 148,66, „Parasit“ 6778,74, „Dewala“ 6548,78 und das Zentralarbeitssekretariat 10 914,03. Außer diesen Summen berechnet die Generalkommission die Gelder, die anlässlich der Streiks und Aussparungen im Jahre 1905 durch ihre Handlungen. Es waren das beim Streik der Bergarbeiter 17 947,40, bei der Aussparung der Schneider 2788,40, bei der Aussparung der Dresdener Tabakarbeiter 55 809,06, bei der Aussparung der Werksarbeiter an der Untermaier 8875, bei der Aussparung der Gießereiarbeiter in Berlin 2191,36, bei der Aussparung der Lederarbeiter in Berlin 14 625, bei der Aussparung der Textilarbeiter in Thüringen 656,85, bei dem Streik der Bäckerarbeiter in Wiesbaden 9995,87, bei der Aussparung der Metallarbeiter in Schweden 7900, insgesamt 120 288,94. Diese Gelder sind bis auf 1670,87 bestimmungsgemäß ausgezahlt worden.

Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung.

Staatszuschuß zur Arbeitslosenversicherung. Der Gewerkschaften wird, wie wir kürzlich mitteilten, in Norwegen gewährt. Nunmehr steht man in Dänemark im Bewußt, diesem Beispiel zu folgen. Die erste Anregung dazu haben die Sozialdemokraten bereits vor 25 Jahren durch einen Antrag an die gesetzgebenden Körperschaften gegeben. Seit unsere Parteigenossen im dänischen Reichstag vertreten sind, haben sie Jahr für Jahr von neuem diese Forderung erhoben. Als im Jahre 1901 die Liberalen an die

Regierung kamen, trachteten diese danach, die bestehende Altersversicherung durch eine Invaliden- und Altersversicherung zu ersetzen, wozu die Arbeiter Beiträge zahlen sollten. Als im Jahre 1903 eine Kommission zur Erörterung dieser Frage eingesetzt wurde, fiel ihr infolge der unablässigen Agitation unserer Genossen auch die Aufgabe zu, über die Einführung einer Arbeitslosenversicherung zu beraten. Für den Plan, die Altersversicherung durch Versicherung zu ersetzen, wurden die Verhältnisse infolge des Fortschrittes der Sozialdemokratie und der Sperrung der Rentenpartei immer ungünstiger, so daß davon vorläufig nicht mehr die Rede ist. Ueber die Arbeitslosenfrage hat die Kommission nun, am 10. März, ein Gutachten abgegeben, das in einem Gesetzentwurf über anerkannte Arbeitslosenklassen besteht. Danach soll der Staat ein Drittel der Beiträge ersetzen, die von den Mitgliedern der Arbeitslosenklassen gezahlt werden, jedoch ist die Summe des Staatszuschusses für diese Zwecke auf ein Maximum von 250 000 Kronen festgesetzt. Die Kommunen können ohne Genehmigung der höheren Behörden ein Geschäft des Mitgliedsbeitrages ausüben, so daß also, sofern der Staatszuschuß ausreicht, die Hälfte der Beitragssumme der Versicherten aus öffentlichen Mitteln aufgebracht wird.

Eingegangene Schriften.

Der Zukunftsstaat. Thesen über den Sozialismus, sein Wesen, seine Durchführbarkeit und Zweckmäßigkeit. Unter diesem Titel gibt die Buchhandlung Vorwärts, Berlin, eine Arbeit von J. Stern heraus.

Die Broschüre ist in allen Parteibuchhandlungen zu erhältlich und kostet 60 A; eine Agitationsausgabe kostet 30 A.

Der „Wahre Jakob“ hat seinen die 6. Nummer seines 23. Jahrgangs erscheinen lassen. Aus dem Inhalt erwähnen wir die Porträts von vier Märtyrern der russischen Freiheitsbewegung, von Gisel Salheim, Esther Miskind, David Strauß und dem in letzter Zeit zum Tode verurteilten Reumant Schmidt, dem Führer der Revolution von Sankt-Petersburg. Der Preis der 12 Seiten starken Nummer ist 10 A.

„Wie sollen wir uns leiden“ von Dr. Paul Bernheim. Heft 9 der Arbeiter-Gesundheitsbibliothek. Verlag der Buchhandlung Vorwärts. Preis 20 A.

Von der Neuen Gesellschaft, Sozialistische Wochen-schrift, Herausgeber Dr. Heinrich Braun und Lily Braun, ist jochen das 12. Heft des 2. Bandes erschienen. Aus seinem Inhalt heben wir hervor: Otto Hue: Als das Zentrum noch nicht Regierungspartei war. — Philipp Scheidemann: Ein Vordruck. — Sue gibt in seinem Artikel recht interessante Reminiscenzen aus der Oppositionszeit des modernen Zentrums. — Gerade zur rechten Zeit kommen. Scheidemann macht in seinem Artikel einen Vordruck, wie man dem Volke die Schuldigen des Sozialismus recht augenfällig benutzieren könne. Das einzelne Heft der Wochenschrift kostet 10 A. Probehefte sind vom Verlag Berlin W 15 kostenlos zu beziehen.

Briefkasten.

* Die vielen Schreiben, worin um Fernhaltung des Zugangs ersucht wird, weil Wohnbewegungen geplant sind, können wir nicht berücksichtigen. Der Zugang kann dann erst ferngehalten werden, wenn die Bewegung unmittelbar bevorsteht. Die Gründe dafür sind unseren Kollegen allgemein bekannt.

* Wegen Platzmangels mußten einige Veranlassungsberichte und sonstige Einblendungen zurückgestellt werden.

Lissa u. Arnswalde. Die von Ihnen reklamierten Berichte resp. Anzeigen sind bei uns nicht eingegangen.

Seben. Sterbeanzeige mußte früher eingeleitet werden.

Wanne, J. B. Kommt Sonnabend hier vor, dann werden wir weiter darüber reden.

Münster, A. U. Weil es dem verantwortlichen Redakteur augenblicklich an Zeit fehlt, sich noch mit einer weiteren Auflage herumzuschlagen.

Kassenburg, Vorstand. Die Veranlassungsanzeige zum 21. d. M. konnte nicht angenommen werden, weil sie zu spät in unsere Hände kam.

Bruchmühle, R. N. Ueber einen Monat alte Berichte können wir nicht bringen.

Breslau, R. W. Wenn Sie jemals unser Blatt aufmerksamer gelesen hätten, dann müßten Sie wissen, daß das zu berichten verwendete Papier niemals auf beiden Seiten beschriftet werden darf. Da Sie diese unerlässliche Vorschrift nicht beachtet haben, ist Ihr Bericht dem Papierfresser überwiegen worden.

Neumühl, S. W. Mit Ihrem Schreiben wissen wir nichts anzufangen. Abdrucken läßt es sich so nicht und fortgerufen können wir es auch nicht, da Sie darin Nebenwendungen gebrauchen, die uns unverständlich sind. Was soll es z. B. bedeuten, beilegen die Schippe bekommen oder einen Riß trinken?

Schleis, Vorstand. Der „Grundstein“ ist doch kein Protokollbuch, in das jede Kleinigkeit eingetragen werden muß! Weiterstadt. Die Sterbeanzeige hätte eine Woche früher eingeleitet werden müssen; jetzt können wir sie nicht mehr aufnehmen.

Memel. Ihre Annahme wird wohl richtig sein; wir haben keinen Bericht erhalten.

Anzeigen.

Schwarzenbek.

Beiträge für Schwarzenbek-Kollegen werden vom Kassierer jeden ersten Sonnabend im Monat, Abends von 7½ bis 9 Uhr, von auswärtigen Kollegen jeden ersten Sonntag im Monat von 9 bis 11 Uhr Vormittags entgegengenommen.

[M. 2,10]

Metz.

Die Adresse des Vertrauensmannes ist: Ludwig Schön, Augustinstraße 8. Dort befindet sich auch das Bureau.

Würzburg.

Alle Zuschriften und Sendungen sind bis auf weiteres an den Kollegen Josef Mager, Steinheilstr. 18, I. Et., zu richten. [M. 1,50] Der Vorstand.

Goldberg b. L.

Meine Wohnung befindet sich vom 1. April an Untere Radestr. 25. [M. 1,20] Franz Schmid.

Der Maurer Emil Meier aus Nordhausen, geb. am 9. Sept. 1883, wird ersucht, seinem Vater baldigst Nachricht zukommen zu lassen. [90 A]

Der Kollege Gustav Voigt, Verb.-Nr. 181 510, geb. am 10. Mai 1884 zu Salbau, wird ersucht, seine Adresse umgehend an L. Stabs, Maurermeister in Seifersdorf b. Sorau, zu senden. Er soll als Zeuge vernommen werden. [M. 1,50] Der Zweigvereinsvorstand Sorau.

[M. 8]

Artern.

Sonnabend, den 31. März 1906, Abends 8 Uhr:

Erstes Stiftungsfest,

verbunden mit humoristischen Aufführungen, im Hotel „Zur Krone“. Um recht zahlreiche Beteiligung bittet Der Vorstand.

Sterbetafel.

(Unter dieser Spalte veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen und innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Stelle kostet 15 A.)

Angsburg. Am 12. März verstarb unser treues Verbandsmitglied, Kollege Ludwig Mayer im Alter von 35 Jahren an Lungenerkrankung.

Berlin. Am 9. März verstarb unser altes Mitglied Hermann Oenick, 48 Jahre alt, an der Prostatenentzündung. Am 14. März verstarb unser altes Mitglied Otto Rohde, 42 Jahre alt, an Herzleiden. Am 14. März verstarb unser Kollege Gottfried Pöppel, 61 Jahre alt, an Herzschwäche.

Biere. Am 15. März verstarb unser Kollege W. Graul im Alter von 53 Jahren an Nierenleiden.

Elbge. Am 3. März verstarb unser Mitglied Friedrich Wiem im Alter von 73 Jahren. Dresden. Am 17. Februar verstarb unser treues Verbandsmitglied, der Kollege Adolf Geppert, nicht Heppert, wie es in Nr. 11 hieß.

Essen. Mittwoch, den 14. März, verstarb unser Mitglied Ed. Schöppner infolge eines Unglücksfalls. Einfeinheim. Am 12. März verstarb unser treuer Verbandskollege Jakob Heuser infolge eines Sturzes im Alter von 34 Jahren.

Wainz-Schischheim. Am 17. März verstarb der Kollege Jakob Hach im Alter von 32 Jahren an Herzleiden.

Polen. Am 18. März verstarb unser Mitglied Paul Ziebarth im Alter von 29 Jahren an der Ruderkur.

Rötha. Sonntag, den 18. März, verstarb im Krankenhaus St. Jakob zu Leipzig der Kollege Albert Munkelt im Alter von 44 Jahren an Lungenerkrankung.

Schweflingen. Am 12. März verstarb unser Kollege Joseph Jahn im Alter von nahezu 88 Jahren an Darmkrebs. Am 16. März verstarb unser Kollege Konrad Blaul im Alter von 26 Jahren an Lungenerkrankung.

Ehre ihrem Andenken!

Veranstaltungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Mannen.

Sonntag, den 25. März.

Bayreuth. Nachm. 3 Uhr in der „Centralhalle“. Mitgliedsbesitzer mitbringen. Erkner. Vorm. 9 Uhr bei Müller (Schützenhaus). Z.-D. 1. Verhandlung über Sozialversicherungen. 2. Flugblattverteilung. 3. Bericht über die Gantkonferenz. 4. Generalsekretariat.

Herzberg. Nachm. 1 Uhr im Lokale von Meyer in Alt-Georgberg.

Jüterbog. Nachm. 3 Uhr im Vereinslokal.

Rosslieben. Im Gasthof „Zum Hirsch“.

Schneiditz. Nachm. 3 Uhr im Gasthof „Zum Hirsch“.

Templin. Vorm. 11 Uhr im Lokale des Herrn Gernum.

Treppow. Nachm. 3 Uhr im Vereinslokal.

Dienstag, den 27. März.

Liegnitz. Abends 8½ Uhr. Z.-D.: Die abgeschlossenen Tarifverträge.

Donnerstag, den 29. März.

Berlin. Regier. Oramenburger Vorstadt. Abends 8½ Uhr. Vorwärts-Gäste. Adressen: 977. Z.-D.: Entwicklung der Berliner Arbeiterbewegung.

Sonntag, den 1. April.

Aisleben. Nachm. 4 Uhr im Vereinslokal.

Alstedt. Nachm. 3 Uhr im Gasthof „Zum Antz“. Bäder mitbringen.

Grosswig. Nachm. 3 Uhr im Lokale des Herrn Thomas.

Memmelsdorf. Nachm. 3 Uhr. Mitgliedsbesitzer sind mitzubringen.

Neu-Ingelheim. Nachm. 3 Uhr im Vereinslokal von August Schweißhach, Am Markt.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Rier & Co. in Hamburg.